



Sitzungsniederschrift

Gremium : **Rat**
Sitzungsort : **Großer Ratssaal**
Sitzungstag : **Montag, 25.01.2016**
Sitzungsbeginn : **17:30 Uhr**
Sitzungsende : **19:30 Uhr**

Vorsitz

Herr Bürgermeister Karl-Friedrich Knop

Teilnehmer

Herr Norbert Austrup
Herr Achim Berkenkötter
Herr Wolfgang Bovekamp ab 18.00 Uhr
Frau Marita Brommann
Herr Edmund Dalecki
Herr André Drinkuth
Herr Ernst-Rainer Fust
Herr Eugen Gette
Herr Daniel Hagemeier
Herr Peter Hellweg
Herr Winfried Kaup
Herr Hubert Kobrink
Frau Beatrix Koch
Frau Barbara Köß
Frau Hiltrud Krause
Herr Holger Kummer
Herr Hubert Meyering
Herr Ralf Niebusch
Herr Uwe Opitz
Herr Thomas Populoh
Herr Werner Pötter
Herr Juan-Francisco Rodriguez Ramos

Herr Christoffer Siebert
Herr Wolf-Rüdiger Soldat
Herr Peter Sonneborn
Frau Svea Stehmann
Herr Markus Westbrock
Herr Florian Westerwalbesloh
Frau Lena Wickenkamp
Frau Anne Wiemeyer
Herr Michael Zummersch

Verwaltung

Herr Matthias Abel
Herr Klaus Aschhoff
Frau Anja Beckmann
Herr Volker Combrink
Herr Michael Jathe
Herr Ludger Junkerkalefeld
Herr Jakob Schmid
Herr Thomas Wulf

Schriftführerin

Frau Heike Beckstedde

es fehlt entschuldigt:

Teilnehmer

Herr Martin Wilke

Inhaltsverzeichnis

| Öffentliche Sitzung | Seite: |
|---|---------------|
| 1. Einwohnerfragestunde | 4 |
| 2. Befangenheitserklärungen | 4 |
| 3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 14. Dezember 2015 | 4 |
| 4. Kinder- und Jugendförderplan 2016 - 2021 - hier: Budgetfestlegung Vorlage: B 2015/510/3404/2 | 5 |
| 5. Haushalt 2016 | 8 |
| 6. Haushaltssatzung / Aufhebung eines Sperrvermerks | 20 |
| 6.1. Haushaltssatzung 2016 Vorlage: B 2015/200/3434 | 20 |
| 6.2. Aufhebung des Sperrvermerks; Wirtschaftsplan Forum Oelde 2016 Vorlage: T 2016/EBF/3447 | 22 |
| 7. Festsetzung der Realsteuer-Hebesätze (Satzungsbeschluss) Vorlage: B 2015/200/3406 | 22 |
| 8. Änderung der Hundesteuersatzung Vorlage: B 2015/200/3440 | 24 |
| 9. Maßnahmenfreigaben | 27 |
| 10. Verschiedenes | 27 |
| 10.1. Mitteilungen der Verwaltung | 27 |
| 10.2. Anfragen an die Verwaltung | 29 |

Herr Bürgermeister Knop begrüßt die zahlreichen Besucherinnen und Besucher, Herrn Hahn von der Tageszeitung die Glocke, die Ratsmitglieder sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung.

Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Rat der Stadt Oelde beschlussfähig ist. Weiter benennt er die in der Anwesenheitsliste aufgeführten Ratsmitglieder, die an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen können.

Der Rat der Stadt Oelde beschließt einstimmig, die Tagesordnung wegen Dringlichkeit um den Tagesordnungspunkt „Wirtschaftsplan Forum Oelde 2016; Aufhebung eines Sperrvermerks“ zu erweitern.

Herr Bürgermeister Knop begrüßt die Ratsmitglieder sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung.

Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Rat der Stadt Oelde beschlussfähig ist. Weiter benennt er die in der Anwesenheitsliste aufgeführten Ratsmitglieder, die an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen können.

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde

Herr Bürgermeister Knop bittet Herrn Ludger Winter, seine Anfragen schriftlich zu präzisieren, um eine Beantwortung durch die Verwaltung zu ermöglichen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde nimmt Kenntnis.

2. Befangenheitserklärungen

Befangenheitserklärungen werden nicht abgegeben.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde nimmt Kenntnis.

3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 14. Dezember 2015

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde genehmigt bei einer Enthaltung einstimmig die Niederschrift über die Sitzung vom 14. Dezember 2015.

4. Kinder- und Jugendförderplan 2016 - 2021
- hier: Budgetfestlegung
Vorlage: B 2015/510/3404/2

Herr Bürgermeister Knop erläutert:

In den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses am 24.06.2015, am 10.09.2015, am 26.11.2015 und am 14.12.2015 wurden die Ausschussmitglieder umfassend über Kostenentwicklung der Produktgruppe 06.01 rückblickend für die Kalenderjahre 2007 – 2015 und vorausschauend für die Kalenderjahre 2016 – 2021 informiert. Die Ausarbeitungen und Protokolle waren und sind die Grundlage für die weiteren Beratungen. Bezüglich der inhaltlichen Ausrichtung des Kinder- und Jugendförderplans auf der Grundlage der bisherigen Entwicklungen gab es keine grundsätzlichen Veränderungsbedarfe.

Allerdings ist das Volumen des Kinder- und Jugendförderplanes für die folgende Laufzeit zur Ausgestaltung der inhaltlichen Schwerpunkte sowie für die Haushaltsplanung 2016 und die Folgejahre zu bestimmen.

In der zeitlichen Entwicklung ergibt sich folgender Ablauf:

1. Vorabentwurf zum Haushalt 2016

Insgesamt ergäben sich, nach dem vorgelegten Vorabentwurf zum Haushalt, die in der folgenden Tabelle dargestellten Auswirkungen eines um 25 % reduzierten Volumens des Kinder- und Jugendförderplans:

| Sachkonto | Leistungs-, Aufwandsreduzierung | -Aufwand | Anmerkung |
|------------------|--|------------|--|
| 06.01.01.5281001 | Sachkosten Ferienspieltage (Broschüre!) | 3.800,- € | Einstellung der Leistung ab 2016 |
| 06.01.01.5281001 | Sachkosten Jugendraum Stromberg | 1.000,- € | Einstellung der Leistung |
| 06.01.01.5291001 | Personalkosten Jugendraum Stromberg | 5.000,- € | Einstellung der Leistung |
| 06.01.01.5291001 | Personalkosten Ferienspieltage (Hits für Kids u. Ortsteilangebote) | 3.930,- € | Einstellung der Leistung ab 2016 |
| 06.01.01.5314001 | Förderung von Jugendorganisationen | 3.400,- € | Einstellung der Leistung ab 2016 |
| 06.01.01.5314001 | Leistungsentgelte Jugendwerk | 93.500,- € | Erhebliche Einschränkungen der Leistungen |
| 06.01.01.5318010 | Interkulturelle Jugendleiterschulung | 3.000,- € | Einstellung der Leistung ab 2016 |
| 06.01.01.5318010 | Jugendveranstaltungen | 300,- € | Einstellung der Leistung ab 2016 |
| 06.01.01.5318010 | Förderung von Jugendleitern, auch Oeldinale | 4.800,- € | Einstellung der Leistung ab 2016 (Oeldinale in 2015 privat von Unternehmen gesponsert) |
| 06.01.02.5291001 | Mach Mit Zuschuss | 1.500,- € | Reduzierung der Bezuschussung durch die Stadt Oelde auf 3.500€ |
| Gesamt | 25 % v. 482.332,- € im Bereich 06.01.: 120.230,- € (Hinweis: Das Budget des Kinder- und Jugendförderplans beläuft sich entgegen dem in den letzten Sitzungen dargestellten Finanzvolumen von 482.333 € (Jahr 2016) „nur“ auf 469.800 €. Grundsätzlich nicht berücksichtigt sind die internen Leistungsverrechnungen des Gebäudemanagement und das eigene städtische Personal. Versehentlich ist ein falscher Ausgangspunkt (472.875,- €) bei der Darstellung der Aufstellung des KJPs 2016 – 2021 zugrunde gelegt worden. Grund hierfür ist eine Verschiebung bei den Jahreswerten in der Excel-Tabelle (Wert von 2015 in Höhe von 472.875,- € war der haushaltsrelevante Budgetansatz des KJP für das Jahr 2016) gekommen ist. Durch die | | |

| | |
|--|--|
| | Richtigstellung und eine kleine Anpassungskorrektur durch „Bereinigung“ von Ansätzen, die nicht zum KJP gehören, ergibt sich als Ausgangspunkt bei gleichbleibendem Umfang des aktuellen KJPs für 2016 ein Ausgangsvolumen von 469.800,- €. Auswirkungen bzw. Einsparungen für den Haushalt ergeben sich dadurch aber nicht. |
|--|--|

Der Wegfall dieser Leistungen bedingt keinen zeitnahen kausal entstehenden finanziellen Mehraufwand in anderen Bereichen, z.B. den Hilfen zur Erziehung. Jedoch würden in der Kinder- und Jugendarbeit gewachsene Strukturen deutlich reduziert.

Dem entgegen würden Kürzungen im Bereich der Jugend-/Schulsozialarbeit zeitnah zu vermehrten Ausgaben bei den „Hilfen zur Erziehung“, der Inklusion und den Beratungsdiensten führen, wodurch eine angestrebte Haushaltsentlastung tatsächlich kaum zu erreichen sein wird.

2. Haushaltsplanentwurf 2016

Im Rahmen der Aufstellung des (offiziellen) Haushaltsplanentwurfes 2016 hat Herr Bürgermeister Knop im Rahmen seiner Verantwortung gegenüber dem Vorabentwurf folgende Änderungen vorgeschlagen und entsprechend veranschlagt:

1. grds. Beibehaltung des Leistungsangebotes der Alten Post, mit der Maßgabe, dass in 2016 einmalig 40.000 EUR aus Rücklagemitteln der Alten Post eingesetzt werden.
2. Beibehaltung der städtischen Veranstaltung „Oeldinale“, dafür Einstellung eines Betrages i.H.v. 2.500 EUR
3. weiterhin keine Kürzungen im Bereich der Schulsozialarbeit

Es verbleiben somit folgende Kürzungen im Bereich des Kinder- und Jugendförderplans:

| Sachkonto | Leistungs-, Aufwandsreduzierung | -Aufwand (Vorabentwurf) | -Aufwand (Entwurf) | Anmerkung |
|------------------|--|-------------------------|--------------------|---|
| 06.01.01.5281001 | Sachkosten Ferienspieltage (Broschüre!) | 3.800,- € | 3.800,- € | Einstellung der Leistung ab 2016 |
| 06.01.01.5281001 | Sachkosten Jugendraum Stromberg | 1.000,- € | 1.000,- € | Einstellung der Leistung |
| 06.01.01.5291001 | Personalkosten Jugendraum Stromberg | 5.000,- € | 5.000,- € | Einstellung der Leistung |
| 06.01.01.5291001 | Personalkosten Ferienspieltage (Hits für Kids u. Ortsteilangebote) | 3.930,- € | 3.930,- € | Einstellung der Leistung ab 2016 |
| 06.01.01.5314001 | Förderung von Jugendorganisationen | 3.400,- € | 3.400,- € | Einstellung der Leistung ab 2016 |
| 06.01.01.5314001 | Leistungsentgelte Jugendwerk | 93.500,- € | 0 € | Vorabentwurf: Erhebliche Einschränkungen der Leistungen Entwurf: Fortführung der Leistung unter der Prämisse eines einmaligen Beitrags i.H.v. 40 T€ aus Rücklagemitteln des Jugendwerks in 2016 (Hinweis: wird nur im Rahmen des HHPlanes dargestellt - im Kinder- und Jugendförderplan weiterhin in voller „Leistungssumme“ enthalten.) |
| 06.01.01.5318010 | Interkulturelle Jugendleiterschulung | 3.000,- € | 3.000,- € | Einstellung der Leistung ab 2016 |
| 06.01.01.5318010 | Jugendveranstaltungen | 300,- € | 300,- € | Einstellung der Leistung ab 2016 |

| | | | | |
|------------------|---|--------------------|-----------------|---|
| 06.01.01.5318010 | Förderung von Jugendleitern, auch Oeldinale | 4.800,- € | 2.300,- € | Vorabentwurf: Einstellung der Leistung ab 2016 (Oeldinale in 2015 privat von Unternehmen gesponsert) Entwurf: Beibehaltung der Oeldinale (2.500 €) |
| 06.01.02.5291001 | Mach Mit Zuschuss | 1.500,- € | 1.500,- € | Reduzierung der Bezuschussung durch die Stadt Oelde auf 3.500€ |
| Gesamt | | 120.230,- € | 24.230 € | |

3. Weiteres Vorgehen

Die Budgetfestsetzung soll nunmehr zeitgleich mit der Beratung des Haushaltsplanentwurfes 2016 erfolgen. Diesbezüglich erfolgt eine Beratung zur (Vor-)Festlegung von Haushaltsplanansätzen im Finanzausschuss am 18. Januar 2016. Eine Diskussion von Inhalten des Kinder- und Jugendförderplanes kann in der Finanzausschusssitzung jedoch nicht erfolgen, da hier keine Zuständigkeit gegeben ist. Die Verabschiedung des Haushaltes 2016 wird (voraussichtlich) am 25. Januar 2016 erfolgen. Nach Beschlussfassung zum Haushalt 2016 steht das Budget des Kinder- und Jugendförderplanes dann fest. Die inhaltliche Ausgestaltung wird dann im Jugendhilfeausschuss im Frühjahr 2016 erörtert werden.

Falls andere inhaltliche Schwerpunkte bei der Festlegung des Volumens gesetzt werden sollen, wären diese nunmehr entsprechend zu beschließen.

Aus Sicht der Verwaltung ergibt sich daher folgender Beschlussvorschlag, der dem Haushaltsplanentwurf 2016 entspricht:

1. Die Kürzung des bestehenden Finanzvolumens wie oben in der Tabelle (Spalte „-Aufwand Entwurf) plus einer jährlichen tariflichen Anpassungspauschale in Höhe von 2% pro Jahr. 2016 ergäbe sich ein Betrag in Höhe von 445.570 € (469.800 € - 24.230 €) unter Berücksichtigung der in der Vorlage dargestellten inhaltlicher Kürzungsbereiche.

Ergänzend liegen aus der Sitzung des Finanzausschusses vom 07.12.2015 noch folgende, bislang unbearbeitete, alternative Änderungsanträge vor, über die noch zu entscheiden wäre:

2. Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion:
Einmalige Reduzierung des Budgets für das Jugendwerk um 40-50 Tsd. Euro in 2016 (Reduzierung der Rücklagen des Jugendwerks um 40-50 Tsd. Euro in 2016, Maximalbetrag für Rücklage Jugendwerk soll noch 30 Tsd. Euro betragen, überschüssige Beträge reduzieren den städtischen Zuschuss), darüber hinaus 40 Tsd. Euro strukturelle Einsparungen im Kinder- und Jugendförderplan (z.B. Jugendraum Stromberg, Schulsozialarbeit - hier zukünftig generell 1 Stelle GS, 1 Stelle Grundschulen, 0,5 Stelle TMG), Verwaltung legt letztendlich fest, wie die 40 Tsd. Euro sinnvoll eingespart werden können

Kurzstellungnahme der Verwaltung: Ein einmaliger Beitrag des Jugendwerks in 2016 i.H.v. 40.000 € wurde im Entwurf berücksichtigt. Die vertragliche Umsetzung dieses Beitrages für 2016 und die Folgejahre sind noch vorzunehmen.

Eine Kürzung der Mittel für die Schulsozialarbeit empfiehlt sich aus Sicht der Verwaltung im Hinblick auf die aktuellen Herausforderungen in den Schulen (Inklusion, Integration) nicht. Bei Kürzung im Bereich der Schulsozialarbeit im Umfang von 0,5 Stellen könnten in 2016 23.300 € und 28.000 € Weniger-Aufwand in den Folgejahren realisiert werden.

3. Antrag der SPD-Fraktion

Beibehaltung der freiwilligen Leistungen des Plans in seiner bisherigen Höhe. Zuschusskorrektur durch Auflösung Rücklagen Alte Post vertraglich noch zu regeln.

Kurzstellungnahme der Verwaltung: Ein einmaliger Beitrag des Jugendwerks in 2016 i.H.v. 40.000 € wurde im Entwurf berücksichtigt. Die vertragliche Umsetzung dieses Beitrages für 2016 und die Folgejahre sind noch vorzunehmen.

Auf die Frage von Herrn Drinkuth in welcher Form über die unterschiedlichen Anträge abzustimmen sei, erläutert Herr Bürgermeister, dass der weitergehende zuerst zur Abstimmung gestellt werde. Daher seien die unterschiedlichen Anträge erneut durch die Fraktionen zu stellen.

Herr Drinkuth beantragt eine Kürzung des Budgets in der von der Verwaltung vorgeschlagenen Höhe von 24.230 Euro auf 445.570 Euro.

Herr Soldat beantragt die Abstimmung über eine geringere Budgetkürzung in Höhe von 13.000 Euro.

Frau Wickenkamp beantragt, das Budget ohne jegliche Kürzung zu beschließen.

Herr Bürgermeister Knop stellt fest, dass der Antrag der CDU-Fraktion als weitergehender Antrag zu bewerten sei, weil dieser die umfassendere Kürzung vorsehe. Insofern stellt er diesen Antrag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde beschließt bei 16 Ja-Stimmen und 15 Nein-Stimmen mehrheitlich:

Das jährliche Budget für den Kinder- und Jugendhilfeplan für die Jahre 2016 - 2021 wird in Höhe von 445.570 Euro für 2016 festgelegt. Für die nachfolgenden Jahre wird eine jährliche tarifliche Anpassungspauschale in Höhe von 2% pro Jahr beschlossen.

5. Haushalt 2016

Haushaltsrede André Drinkuth, CDU-Fraktion

*„Sehr geehrter Herr Bürgermeister Knop,
sehr geehrte Mitglieder des Rates,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
sehr geehrte Damen und Herren,
ich möchte meine Rede diesmal gerne mit einer positiven Nachricht beginnen. Laut einer amerikanischen Studie, die letzte Woche beim Weltwirtschaftsforum in Davos vorgestellt wurde, gelte Deutschland als das „beste Land der Welt“. Ausschlaggebend hierfür seien unter anderem Faktoren wie die gute Führung, eine starke Wirtschaft, hohe Lebensqualität, der weltweite Einfluss in vielen Bereichen und der Einsatz für wichtige, globale Herausforderungen wie der Flüchtlingskrise.
Warum spreche ich das an? Ich habe das Gefühl, dass wir im Vergleich zur globalen Wahrnehmung häufig Vieles zu negativ und pessimistisch sehen. In Bezug auf unsere Stadt sollten wir uns öfter bewusst machen, welche hohe Lebensqualität wir hier vorfinden. Eine sehr gute Infrastruktur, geringe Arbeitslosigkeit, der starke Mittelstand, die Bildungslandschaft, unsere Sportanlagen, das umfangreiche Kulturangebot und insbesondere der Vier-Jahreszeiten-Park sind Pfunde, mit denen wir wuchern können. Wir sollten die positiven Dinge wieder mehr in den Vordergrund stellen, mehr Optimismus in der Politik zeigen. Nur so können wir unsere Stadt voranbringen.
Nach diesem kurzen Exkurs möchte ich nun zum eigentlichen Thema kommen, dem Entwurf der Haushaltssatzung 2016.*

Als wir am 1. Oktober 2015 von Bürgermeister Knop über das geplante Verfahren zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2016 informiert wurden, hätte wohl niemand hier im Rat darauf gewettet, dass wir noch im Dezember 2015 von der Verwaltung eine genehmigungsfähige Haushaltssatzung für das Jahr 2016 vorgelegt bekommen würden.

Die Einbringung eines Vorab-Entwurfes anstatt eines vollständigen Haushaltsentwurfs in der Ratssitzung am 26. Oktober 2015 war sicherlich ein einmaliger Vorgang in der Geschichte Oeldes. Herr Knop sah sich bei der prekären Haushaltslage nicht im Stande, einen genehmigungsfähigen Haushalt einzubringen. Im Oktober 2015 zeichnete sich neben einem Defizit von mindestens 6 Mio. Euro im Jahr 2015 auch ein ähnlich hohes planerisches Defizit im Jahre 2016 ab. Dies hätte uns direkt in die Haushaltssicherung geführt. Massive Einsparungen bzw. deutliche Einnahmenerhöhungen wären zu diesem Zeitpunkt notwendig geworden, um das Haushaltssicherungskonzept doch noch zu verhindern. Heute wissen wir, dass durch konkrete Konsolidierungsmaßnahmen, diverse Einmaleffekte und glückliche Zufälle so viel Spielraum geschaffen werden konnte, dass wir nun einen Haushalt für das Jahr 2016 verabschieden können.

Nichtsdestotrotz muss auch gesagt werden, dass in erster Linie der Bürgermeister einer Stadt Handlungsoptionen aufzeigen muss, wie man mit den zugegebenermaßen sehr schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen umgehen könnte. Dies hat Herr Knop im Oktober 2015 nicht bzw. nur teilweise geschafft. Der Bitte, dass Rat und Verwaltung die Erarbeitung eines offiziellen Haushaltsplanentwurfes 2016 gemeinsam vornehmen sollen, sind wir natürlich nachgekommen. Als größte Fraktion im Rat sehen wir uns in der Verantwortung, den Haushalt aktiv mitzugestalten. Dieses Ziel haben wir sowohl für die Etats 2015 als auch 2016 erreicht. Unsere Handschrift ist klar erkennbar.

Kommen wir konkret zum Haushaltsplanentwurf 2016. Der größte Aufwandsposten mit einem Anteil von deutlich über 40% aller ordentlichen Aufwendungen, dies entspricht rund 31 Mio. Euro, sind die Transferaufwendungen. Hierzu gehört unter anderem die Kreisumlage, welche trotz sinkender Steuerkraft aufgrund eines höheren Hebesatzes für 2016 weiterhin in etwa auf dem hohen Niveau von 2015 (knapp über 14 Mio. Euro, ca. 2 Mio. Euro mehr als 2014) verharrt. Es scheint leider so, dass die Spielräume für deutliche Konsolidierungsmaßnahmen im Kreishaushalt eher gering sind, so dass wir hier zukünftig eher keine Entlastungen erwarten können.

Einer der größten Kostentreiber im Oelder Haushalt bleiben die Sozialausgaben. Im Bereich der sozialen Leistungen und der Kinder, Jugend- und Familienhilfe verschlechtert sich das geplante Defizit beispielsweise im Vergleich zum Rechnungsergebnis 2014 um rund 2,65 Mio. auf ca. 10,2 Mio. Euro in 2016. Leider hat die Stadt in diesen Bereichen kaum Steuerungsmöglichkeiten, da es sich hier grundsätzlich um gesetzliche Vorgaben handelt. Für mich bleibt festzuhalten, dass uns die Sozialkosten immer mehr „auffressen“.

Das große Thema, welches momentan alle Medien beherrscht, ist die Flüchtlingsbetreuung. 1,1 Mio. Flüchtlinge registrierten die deutschen Behörden im Jahr 2015. Knapp 477.000 Asylanträge wurden gestellt. Das ist die höchste Zahl in der Geschichte der Bundesrepublik. Auch unsere Stadt leistet einen bemerkenswerten Beitrag bei der Betreuung von Flüchtlingen. Die Notunterkunft am Landhagen wurde im Dezember 2015 für eine Aufnahme von 350 Asylbewerbern ausgebaut. In den Regelunterkünften kommen aktuell auch noch mal rund 350 Plätze dazu. Wie sich die Zuweisungen in den nächsten Monaten entwickeln werden, kann kaum jemand seriös vorhersagen.

Fakt bleibt aber, dass insbesondere die Mitarbeiter im Fachdienst Soziales hervorragende Arbeit leisten, um den vielen vom Krieg verfolgten Flüchtlingen in Oelde eine vorübergehende Heimat zu bieten. Nicht selten mussten in den letzten Monaten ad hoc Unterbringungsmöglichkeiten für kurzfristig zugewiesene Asylbewerber gefunden werden. Auch die Betreuung der Flüchtlinge stellt die Mitarbeiter der Verwaltung vor große Herausforderungen. Sprachliche und kulturelle Barrieren sind nicht immer leicht zu überwinden. Ich denke, dass ich im Namen des Rates spreche, wenn ich Ihnen allen, Herr Schmid, Frau Gröver und ihrem Team, für die geleistete Arbeit im letzten Jahr besondere Dank ausspreche.

In dem Zusammenhang macht mich auch besonders stolz, wie viele Oelder Bürgerinnen und Bürger sich in unseren Ortsteilen als auch in der Kernstadt ehrenamtlich bei der Betreuung der Flüchtlinge engagieren. Ohne diese Menschen würde das System der Asylantenbetreuung in den Kommunen kollabieren. Bitte machen sie weiter so, wir brauchen sie!

Es gibt im Moment viele Stimmen, die eine Begrenzung der Zuwanderung nach Deutschland einfordern. Der Druck auf die Bundeskanzlerin und ihren eingeschlagenen Kurs bei der Aufnahme von Asylbewerbern nimmt täglich zu. Aus meiner Sicht war es richtig, dass Deutschland in der

Flüchtlingsfrage zunächst eine Vorreiterrolle eingenommen hat. Als stärkstes Land in der EU können wir sicherlich mehr Menschen aufnehmen als andere europäische Staaten. Außerdem ist es ein Gebot der Nächstenliebe und Menschenwürde, schutzsuchenden Menschen zu helfen. Trotz alledem darf man die Kommunen nicht überfordern. Die hohen Flüchtlingszahlen sorgen bereits jetzt schon dafür, dass das Prinzip der möglichst dezentralen Unterbringung kaum noch aufrechterhalten werden kann. So besteht tendenziell die Gefahr, zentrale Brennpunkte zu schaffen. Verwaltungsmitarbeiter und Ehrenamtliche arbeiten bereits jetzt schon an der Kapazitätsgrenze oder darüber hinaus. Sobald die Belegung von Turnhallen zum Faktum wird, könnte auch die noch fühlbar positive Stimmung hier in Oelde kippen. Ich hoffe, dass die Bundesregierung die notwendigen Maßnahmen trifft, um die Dynamik bei der Zuwanderung deutlich zu reduzieren.

Eine im Verhältnis zu den anderen Transferaufwendungen eher kleine dafür aber weiterhin sehr ärgerliche Aufwandsposition bleibt die Solidaritätsumlage. In diesem Jahr müssen wir 325.000 Euro für die Ruhrgebietsstädte nach Düsseldorf überweisen. Dies ist wiederholt ein Beweis dafür, dass die Politik der rot-grünen Landesregierung Oelde schadet. Auch die aktuellen Diskussionen rund um das Landesjagd- und Landesnaturschutzgesetz zeigen, dass der ländliche Raum bei der aktuellen Landesregierung auf der Verliererseite steht. Ich hoffe darauf, dass die Oelder Bürgerinnen und Bürger Frau Kraft im nächsten Jahr die rote Karte zeigen.

Die Personalaufwendungen verbleiben auch in 2016 weiterhin auf hohem Niveau. Rund 15,8 Mio. Euro müssen im Haushalt hierfür aufgewendet werden. Im Vergleich zu anderen Kommunen in der Umgebung erscheinen die Personalaufwendungen pro Einwohner in Oelde zu hoch. Ich bin mir sicher, dass es hier noch weiteren Spielraum für zukünftige Einsparungen gibt. Diese Konsolidierungspotentiale müssen wir nutzen. Positiv hervorzuheben ist die Tatsache, dass der Stellenplan für 2016 im Vergleich zum Vorjahr um 2,3 Stellen reduziert werden konnte. Hier hat die Verwaltung gute Arbeit geleistet.

Die wichtigsten Ertragsposten im Oelder Haushalt bleiben die Steuern und ähnliche Abgaben. Bei der Gewerbesteuer geht die Verwaltung dieses Jahr von rund 16,5 Mio. Euro Einnahmen aus. Dies ist leider immer noch deutlich weniger als in den Jahren 2013 und 2014, als die Gewerbesteuereinnahmen jeweils über 19 Mio. Euro lagen. Wir brauchen eine starke Wirtschaft, um die Haushaltsprobleme langfristig in den Griff zu bekommen. Kontraproduktiv ist hier der Vorschlag der SPD-Fraktion, den Gewerbesteuerhebesatz zu erhöhen. Dies ist ein falsches Signal an die Oelder Unternehmen. Wir benötigen attraktive Steuersätze, um im Wettbewerb mit anderen Kommunen nicht weiter an Boden zu verlieren, nachdem im letzten Jahr schon die Grundsteuer deutlich erhöht werden musste. Ich verspreche Ihnen, dass wir uns seitens der CDU auch zukünftig dafür einsetzen werden, unnötige Steuererhöhungen zu verhindern.

Wie schon gerade gesagt, sind wir auf eine starke lokale Wirtschaft angewiesen, damit die Einnahmen aus der Gewerbesteuer steigen können. Dieses Ziel setzt aus unserer Sicht eine effektive und effiziente Wirtschaftsförderung voraus. Wir möchten diesen Bereich stärken, damit unsere Unternehmen noch intensiver betreut und neue Firmen angeworben werden können. Der aktuelle Stellenanteil für die Wirtschaftsförderung ist uns zu gering. Daher fordern wir Sie auf, Herr Bürgermeister Knop, den Stellenanteil möglichst bald auf mindestens 1 Vollzeitstelle zu erhöhen. Investitionen in diesen Bereich zahlen sich langfristig garantiert aus. Geht es unseren Unternehmen gut, geht es auch der Stadt gut.

Noch allen in negativer Erinnerung ist sicherlich das schwere Unwetter in der Nacht vom 10. auf den 11. August 2015. Rund 600 Einsätze der Feuerwehr waren notwendig, um die ersten Folgen des Hochwassers zu bekämpfen. Hier hat sich gezeigt, dass eine leistungsfähige Feuerwehr unabdingbar ist. Ich möchte Herrn Haske und seiner Mannschaft, aber auch den vielen Institutionen außerhalb Oeldes für deren großartigen Einsatz in der Unglücksnacht danken. So konnten noch größere Schäden verhindert werden. Nichtsdestotrotz sind große finanzielle Anstrengungen notwendig, um die Folgen des Starkregens auf städtischem Gebiet zu beseitigen.

In diesem Zusammenhang sind wir alle froh, dass nun endlich der Startschuss für den Bau der neuen Feuer- und Rettungswache gefallen ist. Die Stadt muss sich sehr strecken, um die Investition von über 10 Mio. Euro für den Neubau zu stemmen. Wir tun das aber gerne, weil die Bedingungen in dem aktuellen Gebäude der Feuerwehr an der Overbergstraße schon länger nicht mehr den gesetzlichen Anforderungen entsprechen. Unsere Feuerwehrleute brauchen sichere und funktionale Räumlichkeiten, die wir mit der neuen Feuerwache nun schaffen werden.

Etwas untergegangen bei der Haushaltseinbringung ist die Tatsache, dass wir durch regelmäßige Treffen zwischen Verwaltung und Politik im letzten Jahr strukturelle Einsparungen in Höhe von ca. 330

Tsd. Euro erreichen konnten. Dies ist ein beachtlicher Betrag, zu dem während der Haushaltberatungen noch ein weiterer sechsstelliger Betrag hinzugekommen ist. Die CDU war hier als treibende Kraft entscheidend mitverantwortlich für die erzielten Konsolidierungserfolge.

Die Gespräche zwischen Verwaltung und Politik müssen nun unverzüglich fortgesetzt werden, da uns die aktuellen finanziellen Rahmenbedingungen keine Luft zum Atmen lassen. Es sind zwingend weitere Sparanstrengungen notwendig, um die Haushaltssicherung zu vermeiden. Da wir im letzten Jahr die 5%-Hürde mit hoher Wahrscheinlichkeit gerissen haben, wäre das Haushaltssicherungskonzept bei einer weiteren Entnahme über 5% aus der allgemeinen Rücklage in diesem Jahr nicht mehr zu verhindern. Wir müssen gemeinsam alles dafür tun, dass dieser Fall nicht eintritt.

Es tut sich einiges in diesem Jahr hier in Oelde. Neben dem Start des Neubaus der Feuerwache wird auch ein neues Nahversorgungszentrum auf dem ehemaligen Molkereigelände errichtet. Darüber hinaus fällt der Startschuss für den Bau eines Wohnquartiers auf dem ehemaligen Standort der Erich-Kästner-Schule an der Wibbeltstraße. Und es bewegt sich endlich etwas im Bereich des Breitbandausbaus. 125.000 Euro sind im Haushalt als Investitionskostenzuschuss für die Verlegung von Breitbandkabeln in Gewerbegebieten vorgesehen. Ich möchte an dieser Stelle daran erinnern, dass wir schon im Jahr 2014 mit unserem Antrag eine Breitbandstrategie für Oelde eingefordert haben. Hier müssen wir unbedingt am Ball bleiben, damit neben den Gewerbegebieten auch unsere Bürgerinnen und Bürger möglichst bald über eine optimale Breitbandversorgung verfügen können.

Im Bereich des Eigenbetriebs Forum müssen wir uns in den nächsten Monaten Gedanken machen, wie wir den Betrieb zukünftig strukturieren wollen. Wir haben, so mein Eindruck, bereits in diesem Jahr einen kritischen Punkt bei der Höhe des städtischen Zuschusses erreicht. Herr Junkerkalefeld steht vor der enormen Herausforderung, möglichst kurzfristig weitere Konsolidierungsmaßnahmen aufzuzeigen, um die finanziellen Vorgaben des Rates umzusetzen. Es ist mir noch ein persönliches Anliegen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Forums für ihren Arbeitseinsatz zu danken. Es ist ganz bestimmt nicht leicht, sich mit vollem Engagement für seine Arbeit einzusetzen, wenn man ständig nur im Mittelpunkt von möglichen Einsparungen steht. Das ist sicherlich frustrierend und führt nicht gerade zu einem hohen Grad an Motivation. Umso erfreulicher ist es, welches außergewöhnliches Veranstaltungsprogramm Jahr für Jahr von Herrn Junkerkalefeld und seinem Team auf die Beine gestellt wird. Das ist eine außergewöhnliche Leistung.

Kurz vor dem Abschluss meiner Haushaltsrede möchte ich gerne auf eine mir wichtige Angelegenheit kurz eingehen. Es wird immer wieder kritisiert, dass es heutzutage kaum noch merkliche Unterschiede zwischen den Programmen der großen Parteien gibt. Hier in Oelde dagegen gibt es diese aus meiner Sicht noch. So würde es bei einer rot-grünen Koalition in Oelde beispielsweise keine Weiterentwicklung der Infrastruktur mehr geben. Alle baulichen Maßnahmen wie z.B. der wirklich gelungene Ausbau der Straße am Landhagen oder die Verbindungsstraße zum Vellerner Kreisel werden generell boykottiert. Auch eine Weiterentwicklung der Innenstadt hält die SPD für unnötig. Sie wollte alle finanziellen Mittel für die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Masterplan Innenstadt für die kommenden Jahre streichen. Die Grünen hätten gerne zu Lasten der Landwirte und Anwohner im Außenbereich bei der Unterhaltung der Wirtschaftswege gespart. Außerdem hält man den Ausbau von Gewerbe- und Wohngebieten für unnötig. Alle Beschlussfassungen zur AUREA werden gebetsmühlenartig abgelehnt.

Zusammengefasst kann man Folgendes festhalten. Wer das Verhindern von Wachstum und einer sinnvollen Weiterentwicklung in Oelde, dafür aber hohe Standards im Sozialbereich sichern möchte, ist bei Rot-Grün gut aufgehoben.

Abschließend möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit im Jahr 2015 bedanken. Die schwierigen Rahmenbedingungen verlangen ihnen aktuell sehr viel ab. Es ist nicht davon auszugehen, dass die hohe Belastung in den kommenden Monaten abnehmen wird. Wir brauchen also weiterhin eine sehr leistungsfähige und motivierte Verwaltung.

Sehr dankbar bin ich auch den zahlreichen Oelder Bürgerinnen und Bürgern, die sich in Ihrer Freizeit durch ehrenamtliches Engagement zum Wohle der Stadt Oelde einbringen. Bitte machen sie weiter so, damit wir die hohe Lebensqualität in unserer Stadt erhalten können.

Die CDU-Fraktion stimmt dem vorgelegten Haushaltsplanentwurf zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!“

Haushaltsrede Francisco Rodriguez, SPD-Fraktion

„Sehr geehrte Damen und Herren,
 sehr geehrter Herr Bürgermeister Knop,
 Ich möchte zunächst einmal Danke sagen,
 Ganz aktuell der Sünninghausener Bevölkerung für ihren sehr menschlichen Einsatz in der Nacht von Samstag auf Sonntag,
 Danke allen Oelderinnen und Oeldern, die sich im Bereich der Flüchtlingsbetreuung ehrenamtlich engagieren.
 Danke, den rund 2000 Menschen, die im November gemeinsam, friedlich und bunt ein Zeichen für unser weltoffenes Oelde gesetzt haben.
 Danke, der Feuerwehr, dem Technischen Hilfswerk und allen Oelderinnen und Oeldern, die in der Nacht und in den Tagen darauf sich bei diesem „Jahrtausend“hochwasser mit großem Engagement für unsere Stadt eingesetzt haben.
 Danke auch unserer Landesregierung für die unbürokratische Unterstützung bei der Bewältigung der finanziellen Folgen der Hochwasserschäden im letzten Sommer.
 Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
 sie haben diesmal für die Haushaltseinbringung und –beratung ein Verfahren gewählt, das es Ihnen, im Gegensatz zum letzten Jahr, voraussichtlich erlaubt, dem Haushalt zuzustimmen.
 Wir empfanden einige Schritte in diesem Verfahren unproduktiv. Bei so manchem Ratsmitglied hat diese Art der Beratung zu erhöhter Frustration geführt. Mussten wir doch alle beim Vorabentwurf davon ausgehen, dass selbst die allergrößte Kürzungsanstrengung uns nicht vor dem Haushaltssicherungskonzept würde retten können. Und dann lösten sich die schwersten Brocken im Laufe der Beratung in Wohlgefallen auf. Hunderttausende von Euros an Ergebnisverbesserung purzelten uns einfach in den Schoß!?

Nehmen wir den Bereich Grundstücke: Derart große, sich abzeichnende Immobiliengeschäfte werden ja nicht über Nacht geboren. Im Regelfall ziehen diese sich über Wochen und Monate hin. Es wäre sicherlich nicht kontraproduktiv gewesen, die Politik hier frühzeitiger einzubinden.
 Diese Grundstücksverkäufe sind aber nicht allein maßgeblich. Es ärgert daher, wenn auf der städtischen Website zu lesen ist: Zitat „Aufgrund von besonderen Effekten aus der Veräußerung von Grundstücken konnte das Defizit in der Folge auf 2,6 Mio. Euro verringert werden.“
 Nein. Zwar machen die Grundstücksverkäufe stolze 900.000 Euro aus, aber sie sind nur zu knapp einem Viertel an der Verbesserung beteiligt. Der größte Beitrag ist schließlich die Beteiligung des Landes und des Bundes an den Kosten der Flüchtlingsunterbringung.
 Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister,
 Insgesamt haben sich seit dem VOR-Entwurf und dem heute zu beschließenden Haushalt Verbesserungen in Höhe von rund 3,6 Millionen Euro ergeben.
 Ich darf einmal erinnern:
 Bei der Verabschiedung des Haushaltes 2015 gingen Rat und Verwaltung noch davon aus, dass wir das Jahr 2016 mit einem Defizit von mehr als 3,3 Millionen Euro abschließen würden. Ein gutes „Milliönchen“ sind wir nun besser, als vor einem Jahr erwartet. Wir haben damit fast das geringste Defizit seit Einführung des NKF!
 Und dies bei einem Einbruch unserer Gewerbesteuer. Hätten wir weiterhin die vor einem Jahr angenommenen 18,7 Millionen Einnahmen, dann meine Damen und Herren, dann wäre unser Haushalt in diesem Jahr sogar sehr nah am Haushaltsausgleich. Ich glaube, so nah dran, dass wir gemeinsam wohl auch die „Rote Null“ hätten schaffen können.
 Hierzu wäre dann das Anheben der Gewerbesteuer um 1,2 Prozent auf den fiktiven Hebesatz sicher hilfreich gewesen. Das haben wir als SPD beantragt. Und es wurde abgelehnt. 1,2 Prozent mehr von Unternehmen und Gewerbetreibenden, die Gewinne erzielen. Nicht etwa von allen. Im Gegensatz zu der letzten Jahres von uns beschlossenen Grundsteuer. Die zahlen alle. Ob boomendes Geschäft oder nicht. 26 Prozent haben wir allen als Steigerung zugemutet. Unternehmen, Rentnern, Freiberuflern Familien – jedem. Wie auch immer die konkrete wirtschaftliche Situation aussah: 26 % mehr von jedem.
 Und bei 1,2 % mehr von den Unternehmungen, die Gewinne erwirtschaften? Da meinen alle Fraktionen, außer uns, dass wir diese 200.000 Euro Mehreinnahme nicht benötigen. 1,2% mehr sind wahrlich sehr unattraktiv, verehrte CDU.

Verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,

Es wird der Stadt Oelde aber unterstellt, wir hätten diese 200.000. Und daher müssen wir dafür fast 80.000 Euro an den Kreis abführen. 80.000 Euro, die wir uns woanders herholen müssen. 8 Punkte bei der Grundsteuer für alle zum Beispiel. Oder halt Streichung von Leistungen. Eine Subventionierung der Unternehmen, die in Oelde Tradition hat.

Und daher sind wir es als SPD so leid, immer und immer wieder hier in diesem Haus über die Promille Beträge zu debattieren, die wir im sozialen und jugendpolitischen Bereich freiwillig ausgeben.

Über Bereiche zu debattieren, in denen uns die Gemeindeprüfungs-anstalt testiert, dass wir top sind, also im Vergleich ausgesprochen wenig ausgeben.

Und dennoch: Sie kürzen dem Oelder Jugendamt, das die geringsten pro Kopf Ausgaben im Kreis hat, nochmals Mittel. Von der Streichorgie zu Beginn sind zwar „nur“ noch 24.300 Euro an Kürzungen übrig geblieben – allen Ernstes, meine Damen und Herren, was ist das denn für eine Richtungsvorgabe: Wir subventionieren hier in Oelde Parkplätze durch unsere „Studentaste“ mit mindestens 15.000 Euro und kürzen wahrscheinlich bei Kindern und Jugendlichen in Stromberg den Raum weg und streichen die Zuschüsse für Jugendleiter. Denken sie mal nach, was sie da wirklich beschlossen haben!

Zumindest konnte verhindert werden, dass CDU und FDP die Axt an die Schulsozialarbeit legen. Sie scheinen auf diesem Feld die Realität komplett zu ignorieren, verehrte Mitglieder der CDU und FDP. Wir brauchen nicht weniger, sondern in Zukunft mehr sozialpädagogische Betreuung an unseren Schulen. Fragen Sie mal die Schulleitungen, wenn sie uns nicht glauben.

Und dieses in manchen Sitzungen fast greifbare, unterschwellig vorhandene Misstrauen gegenüber unserem Jugendwerk Oelde, dem Betreiber der „Alten Post“. Wir sind es so leid. Das Jugendwerk ist unser Baby. Unser aller. Wir sind alle Mütter und Väter dieses nahezu einzigartigen Konstrukts Jugendwerk. Und wir sind sogar alle erziehungsberechtigt - wenn wir denn alle unsere Rolle annähmen. Jede Fraktion ist aufgerufen, zwei Vertreter zu entsenden.

Und, die Realität: die erdrückende Mehrheit dieses Hauses hat entweder keine Ahnung was „abgeht“ - oder traut ihren eigenen Vertretern im Jugendwerk nicht – oder hört sie gar nicht an. Anders ist die diesjährige Debatte nicht zu deuten.

Das Jugendwerk ist kein Verein wie jeder andere. Die Zeit bis zum nächsten Jugendförderplan sollten wir nutzen, um uns endgültig darüber klar zu werden, was uns das Jugendwerk bedeutet. Ist es ein x-beliebiger freier Träger, wie das Mütterzentrum – oder ist es unser Oelder Weg, mit und für alle gesellschaftlich relevanten Gruppen in Oelde Jugendarbeit zu bündeln? Das war nämlich der Geburtsgedanke.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Wir sagen seit langem, dass Forum Oelde mit weniger Geld auskommen muss. Aber im Gegensatz zu der hier im Rat sitzenden Mehrheit, sagen wir auch, dass sich das Forum ändern muss. Die Mehrheit des Rates hingegen stellt weiterhin die gleichen Aufgaben und Anforderung an Forum Oelde - aber mit weniger Geld. Das wird nicht klappen. Hier muss es ganz schnell zu einer deutlichen Veränderung der Aufgaben und des Angebots vom Forum kommen.

Sicherlich wäre eine getrennte Eintritts- und Kassenregelung – wie wir sie bereits im letzten Herbst beantragt hatten - hilfreich für eine bessere Datengrundlage, um Strukturen zu ändern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Gespannt sind wir auf den Jahresabschluss 2016, wo wir dann sehen werden, wie erfolgreich das Projekt „Überstundenregelung und Urlaubsausgleich“ ausging. Die nun im Haushalt stehende weitere Kürzung hielt der Bürgermeister noch vor einigen Wochen für unrealistisch. Nicht, dass dadurch demnächst hier in der Verwaltung maßgebliche Köpfe nicht anzutreffen wären – wegen CDU auf Urlaub - oder so. Hoffen wir mal, dass die städtischen Beschäftigten Ihre Richtung auch so mitgehen und sie, verehrte CDU, nicht zurückrudern müssen, wie bei ihrem Vorstoß „Pro Arbeit“ und der damit verbundenen Radstation.

Wenn ihr Ansinnen auf Meinungsführerschaft in Oelde darin besteht, erst einmal große Verwirrung zu stiften und andere dann die Scherben einsammeln dürfen, dann können wir hier im Rat gerne auf ihre Richtungsvorgaben, die sie laut Glocke reklamieren, verzichten.

Aber, sehr verehrte Zuhörinnen und Zuhörer, wir haben dennoch auch wichtige Gemeinsamkeiten, Wir sind sehr froh, dass wir hier im Rat die Herausforderungen durch die großen, internationalen Wanderungs- und Flüchtlingsbewegungen so geschlossen und besonnen annehmen. Das ist sehr positiv. Denn, meine Damen und Herren, es ist nicht unsere primäre Aufgabe die Sorgen und Ängste

von Bürgerinnen und Bürger in diesem Zusammenhang „ernst“ zu nehmen. Unsere primäre Aufgabe ist es diese Sorgen zu beseitigen und die Ängste zu nehmen. Das ist Aufgabe von Politik, wie wir sie als SPD verstehen. Stadträte beschließen keine Kriegseinsätze oder Waffenlieferungen und Handelsabkommen, aber wir müssen mit den Folgen dieser Entscheidungen verantwortungsvoll umgehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister, Eigentlich müssten wir als Stadt einen Preis für besonders gute Nachbarschaft bekommen. Schenkt die Mehrheit des Rates doch unserer Nachbarstadt Ennigerloh einen unnötigen, aber bestimmt gut ausgebauten Autobahnzubringer, damit diejenigen, die nach Osten wollen, ein paar Meter weniger fahren müssen als bisher. Den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt wird dieses Geschenk wahrscheinlich am Ende einige Hunderttausend Euro kosten. Wir als SPD lehnen eine zusätzliche, für Oelde sinnlose, Trassenführung der L792 entschieden ab. Wachstum, Herr Drinkuth, besteht nicht im asphaltieren und zubetonieren von Flächen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister, Es gibt in diesem Haushalt aber auch Aspekte, die wir maßgeblich beeinflusst haben. Beispielsweise die sozial gerechtere Staffelung bei den Kindergartenbeiträgen.

Oder auch, dass sich weder die CDU noch die FWG mit Ihren Forderungen durchsetzen konnten, im Bereich der Instandhaltung unseres Vermögens noch mehr zu kürzen. Wissen Sie noch was sie in Ihrer letzten Haushaltsrede gesagt haben, Herr Niebusch? „Ein Fahren auf Verschleiß ist mit der FWG nicht zu machen“. Und nun wollten Sie dieses Jahr gar noch weniger Geld bereitstellen. Für uns zumindest kein Anzeichen in Sachen Verlässlichkeit.

Weitere positive Zukunftsaspekte außerhalb des Haushaltes sind sowohl die aktuelle Entwicklung im Bereich der Wirtschaftswege als auch die voranschreitende Nachverdichtung der Baulücken im Stadtgebiet. Aber, meine Damen und Herren, hier muss die Entwässerungsthematik im Blick behalten werden. Nachverdichtung darf nicht zu erhöhter Überschwemmungsgefahr führen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister, wie ich schon am Anfang erwähnte, empfanden wir diese Haushaltsberatungen eher als frustrierend. Daher sind wir zu der Auffassung gelangt, die nächsten Haushalte erst zu Beginn des Jahres zu verabschieden, um belastbarere Zahlen zu haben, statt des Glaskugelverfahrens in diesem Jahr.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister Ich wollte eigentlich für meine Fraktion erklären, dass wir an Bord bleiben und hatte ein paar nette nautische Bilder herausgesucht. Aber durch ihr unsägliches Kürzen im Bereich des Jugendförderplans vor knapp 45 Minuten können wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten diesem Haushalt nicht unsere Zustimmung erteilen

Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Oelde lehnt den Haushalt 2016 mit seinen Anlagen ab.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Haushaltsrede Ralf Niebusch, FWG-Fraktion

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, wir, die Mitglieder der FWG-Fraktion, werden dem Haushalt 2016 zustimmen. Aber wir haben kein gutes Gefühl dabei. Und das nicht wegen des Abstimmungsergebnisses zum Kinder- und Jugendförderplan.

Für das Jahr 2015 wurde vor gut einem Jahr ein Haushalt verabschiedet, der bereits in der Planung auf Kante genäht war und ein Defizit von etwa 3 Mio. EUR auswies. Die Planung wurde dann im Laufe des Jahres von der Wirklichkeit eingeholt. Der Fehlbetrag für das Jahr 2015 wird trotz der verhängten Haushaltssperre sicherlich nicht unter 5 Mio. EUR liegen. Die Erwartungen für das Jahr 2015 wurden nicht erfüllt. Die Höhe der Gewerbeerträge ist offensichtlich nicht so ausgefallen wie geplant und damit auch die daraus resultierende Gewerbesteuer.

Das Defizit 2015 in Höhe von mindestens 5 Mio. EUR stellt für die Stadt Oelde ein finanzielles Desaster dar. Bund, Länder und viele Gemeinden profitieren von der guten wirtschaftlichen Situation, Oelde jedoch nicht.

Die Höhe des Fehlbetrages liegt fast schon auf Höhe der bilanziellen Abschreibungen. D.h. wir erwirtschafteten im Jahr 2015 kaum noch Mittel, die es der Stadt Oelde ermöglichen, notwendige Investitionen in den Folgejahren ohne Aufnahme von Fremdmitteln durchzuführen. Die Konsequenzen können wir in den Ergebnis- und Finanzplänen der Jahre 2016 ff. ablesen. Schon im Jahr 2017 werden wir trotz Niedrigstzinsphase mit fast 1,8 Mio. EUR rund 230 TEU mehr Zinsen zahlen als im Jahr 2015. Im Jahr 2018 werden es dann in Summe über 1,9 Mio. EUR sein an Zinsen sein. Das ist von der Größenordnung in etwa die Summe der Beträge, die wir jedes Jahr dem Forum Oelde zuschießen und für unsere beiden Bäder aufwenden.

Auch für das Jahr 2016 erreichen wir planerisch keinen Haushaltsausgleich. Aber nach Einbeziehung einiger Einmaleffekte, Zusagen von Bund und Land bei der Unterstützung der Flüchtlinge, Korrekturen bei der Kreisumlage und einigen „Verschiebebahnhöfen“ im Bereich der Instandhaltung gibt es immerhin einen genehmigungsfähigen Haushalt. Das Haushaltssicherungskonzept ist, wenigstens vorläufig, vermieden.

Aber: Sind wir, die Stadt Oelde, unter dem Strich, für das Jahr besser aufgestellt als vor einem Jahr?

Die Mitglieder der FWG-Fraktion bezweifeln dies.

Was haben wir, alle gemeinsam, hier im Stadtrat oder auch hinter verschlossenen Türen, im Laufe des Jahres getan, um diese Abhängigkeiten zu verringern?

Wie Sie dem Vorbericht zum Haushaltsentwurf entnehmen konnten, haben diese Bemühungen zu Einsparungen in Höhe von 328 TEU pro Jahr geführt. Das ist nicht gerade wenig.

Aber, das ist auch nicht neu, wir haben ständig erhebliche Mehrbelastungen im sozialen Bereich. Und das sind keine Einmaleffekte nur in 2016, sondern das ist eine Entwicklung der letzten Jahren, die sich auch in Zukunft fortsetzen wird.

Inobhutnahmen des Jugendamtes, eine ständig steigende Kreisumlage aufgrund von Mehraufwand für Behinderte durch den LWL, Aufwendungen für Flüchtlingsbetreuung und –versorgung, lassen sich von uns nicht steuern.

Wir wissen, dass wir jedes Jahr nicht mit weniger Aufwand rechnen müssen, sondern mit mehr Aufwand. Vielleicht sogar viel mehr.

Wie lassen sich diese Mehrbelastungen finanzieren?

Einen Teil dieser Mehrbelastungen durch erhöhte Grundsteuern finanzieren zu lassen, hat viele Oelder nicht gerade in Freudentaumel versetzt. Allerdings sind viele Städte diesen Weg gegangen, da sind wir nicht allein. Der Ansatz, einen kleinen Teil der Oelder, nämlich die Gewerbetreibenden, mit einem erhöhten Steuersatz zu belegen, wird nach Ansicht der FWG-Fraktion bestenfalls die Beschäftigungslage der Steuerberater erhöhen, nicht jedoch das Steueraufkommen für die Stadt Oelde. Und den Verzicht auf eine Steuererhöhung als Subventionierung zu bezeichnen, wie dies mein Vorredner tat, halten wir für etwas abenteuerlich.

Was können wir überhaupt tun?

Der sehr früh eingebrachte Haushaltsvorentwurf war zwar nicht genehmigungsfähig, wäre es ohne die o.g. Effekte auch nicht geworden, hat aber die fast jährlich geführten Diskussionen über die in Oelde üblichen Standards erneut angeregt.

Diese Standards sorgen natürlich dafür, dass Oelde attraktiv ist. Einen Teil dieser Standards haben wir uns vor gut 15 Jahren ohne Not selbst eingehandelt. 30 Mio. EUR auf Pump finanzierter Aufwand und in den Folgejahren sicherlich nochmal rd. 15 Mio. EUR Zinsen auf diesen Betrag plus der ganzen Folgekosten im Betrieb haben uns nun wohl endgültig eingeholt.

Einen Park ohne Kindermuseum – kann man sich das in Oelde vorstellen? Wir wissen jetzt: eine große Mehrheit hier im Rat einschließlich Bürgermeister will sich das nicht vorstellen. Einen sogenannten Eckpfeiler der Oelder Bildungslandschaft zu entfernen, der immerhin rund 200 TEU pro Jahr erfordert?

Einen Bahnhof mit Radstation – wo gibt es das sonst noch im Kreis? Soviel wir wissen nur in der Stadt Warendorf. Alle anderen Städte und Gemeinden (Ahlen, Beckum-Neubeckum, Telgte, Beelen) verzichten darauf. 25 TEU pro Jahr plus Gebäudenutzung für das im Jahr 2000 erworbene Bahnhofsgebäude lässt sich die Stadt Oelde diese Maßnahme kosten. Geht es wirklich nicht ohne Zuschuss?

Eine große und gut ausgestattete Stadtbücherei haben wir in Oelde. Die letzte privat geführte Buchhandlung wurde vor kurzem aus wirtschaftlichen Gründen geschlossen. Die Stadt Oelde leistet es sich aber trotz 5-Mio.-Defizit, dass jede Buchausleihe die Stadt ungefähr 2 EUR kostet. Und das etwa 170.000 mal pro Jahr. Aber will man ernsthaft die Aufwendungen für die Bücherei reduzieren?

Wir könnten diese Liste sicherlich noch um einige Beispiele erweitern. Wir wissen auch nicht, ob und vor allem wie wir jemals die o.g. Mehrbelastungen ausgleichen können.

Wir wissen aber, dass wir diese Diskussion führen müssen, wenn es in der Stadt Oelde im Jahr 2016 nicht besser läuft als im letzten Jahr.

Und wir wünschen uns dafür etwas mehr Gelassenheit bei einigen Themen. Bisher kratzen wir nämlich nur an einigen Standards, die die meisten Städte und Gemeinden so gar nicht kennen.

Meine Damen und Herren,

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.“

Haushaltsrede Barbara Köß; Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

„Sehr geehrter Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

Auf geht's in eine weitere Zeit der Ungewissheit. Das ist zumindest die Sicht und Einschätzung von Bündnis 90 / Die Grünen mit Blick auf die seit 2014 laufende Debatte zum Haushalt der Stadt. Den gewünschten „großen Wurf“ hat es bislang nicht gegeben und die Debatten sind allesamt im klein/klein mit erheblicher Verwirrung der Bevölkerung verlaufen. Das strukturelle Defizit in Millionenhöhe hat sich dadurch leider nicht verzogen, sondern ist durch zusätzliche Aufgaben weiter angewachsen, auch wenn die positiven Einmaleffekte, welche der Bürgermeister in seiner Rede beschrieben hat, die Situation weniger dramatisch erscheinen lassen und das Defizit unter die 5 %-Schwelle drücken. Der Sparaktivismus der vergangenen 2 Jahre hat uns jedenfalls auf keinen zukunftsfähigen Weg gebracht. Die Diskussion um die Alte Post und um die Radstation hat viele Oelder bewegt und machte zudem schnell deutlich, dass in den Reihen vieler Ratskolleginnen und -kollegen immer noch Aktionismus vor sachlicher Abwägung steht. Wie schon im Vorjahr beim Thema Schließung der Musikschule haben sie lieber erst einmal den Hammer herausgeholt und voreilig „notwendige Sparmaßnahmen“ gefordert, um dann anschließend kleinlaut zu einer von den Bürgern gewünschten Lösung zurückzukehren.

Bündnis 90 / Die Grünen wurde seitens CDU und SPD vorgeworfen, sich nicht genügend in derartige Kürzungsdebatten eingebracht zu haben. Da müssen wir sagen: Stimmt! Die Grünen haben eine andere Herangehensweise angestrebt, welche darauf setzt, zunächst die strategische Ausrichtung der Stadt zu definieren, um sie zukunftssicher zu machen. Schon im vergangenen Jahr hatten wir das Bild der Abwärtsspirale bemüht, um zu signalisieren, was mit unserer Stadt passiert, wenn wir nicht gezielt gegensteuern, sondern gewachsene Strukturen zerstören, die künftig nicht wiederherzustellen sind. Beispiel: Ist eine Alte Post erst mal abgeschafft, wird sie wohl kaum wieder ihre Aktivitäten hinsichtlich präventiver Jugendarbeit aufnehmen.

Auch das Kindermuseum kann hier als gutes Beispiel erhalten: Der Nutzen des Kindermuseums für unsere Oelder Bildungslandschaft ist nicht hoch genug einzuschätzen. Die komplette Schließung war eine der glorreichen FWG-Ideen in 2015 – zum Glück nicht mehrheitsfähig. Aber auch CDU, SPD und FDP sollte klar sein, dass sie nicht vordergründig JA zum Kindermuseum sagen, jedoch auf der anderen Seite dem Park durch eine nochmalige Kürzung des Zuschusses um 100.000 € in 2017 die Daumenschrauben ansetzen und damit einem gut funktionierenden Kindermuseum die Luft abdrehen können. Das Kindermuseum stellt für Bündnis 90/ Die Grünen im Verbund mit dem Freibad und den qualitativen Angeboten des Parks eine Einheit dar. Für uns sind die aktuellen Kürzungen des Forums von über 100 T€ bereits die Grenze. Bei weiteren Kürzungen sind die festgeschriebenen Aufgaben und Standards, die eine hohe Akzeptanz bei unseren Bürgerinnen und Bürgern haben, nicht mehr zu gewährleisten. Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, bleiben es den Bürgerinnen und Bürgern schuldig darzustellen, wie und wo Sie Park und FORUM demontieren wollen und welche Auswirkungen das auf unsere Stadt haben wird. An dieser Stelle erneuern wir gerne noch einmal unser Bekenntnis zum Konzept Forum, Park und Freibad. Unser Ansatz ist es, im Sinne der sozialen Teilhabe, hier einer noch breiteren Bevölkerungsschicht inklusive der zukünftig hier lebenden Flüchtlinge einen Zugang zu den vorhandenen Angeboten zu ermöglichen. Der Bürgermeister hat bei seiner Haushaltseinbringung gesagt, dass die Umsetzung der Klimaschutzziele unser politisches Handeln bestimmt. Die Umsetzung der Maßnahmen „Energetische Sanierung TMG“ und auch des „Energiekonzeptes Hallenbad“, sowie die gezielten Aktivitäten der Klimaschutzbeauftragten gehen zwar in die richtige Richtung, dennoch fehlt die politische Unterstützung. Aus politischer Sicht bleibt der Klimaschutz in Oelde halbherzig! Wenn wir die gemeinsam gesetzten Klimaziele erreichen wollen, sind weitaus stärkere Anstrengungen nötig, als es

die Ansätze im vorliegenden Haushalt hergeben. Es ist aus unserer Sicht schwer erträglich, dass die Nachbarkommunen Beckum und Rheda-Wiedenbrück sich mit ihren Windkraftprojekten hinsichtlich Klimaschutz und damit auch finanzieller Unabhängigkeit schnell weiterentwickeln, während Oelde beim Thema Windkraft in der Erstarrung verharrt. Warum verpasst sich die Oelder Politik hier einen Maulkorb und erklärt die Windkraft zum Tabu? Oelde zahlt jährlich rund 100 T€ für das Finanzierungsdefizit der Aurea GmbH. Lassen Sie uns über mögliche Windräder an der Aurea sprechen! Auch die Verweigerung des Ausbaus der Photovoltaik auf städtischen Flächen spricht Bände.

Stattdessen steht die Förderung von Asphalt und Versiegelung von Flächen im Haushaltsentwurf. Wir sprechen uns klar gegen den 400 T€ schweren Ausbau des Weitkampweges, den Neubau der Verbindung Vellerner Kreisel – zur L792 und der Ausweisung überdimensionierter Wohnbaugebiete aus. Die Lehren aus dem Hochwasser 2015 sind angesichts dieser Maßnahmen offenbar noch nicht gezogen. Die Stärke des Hochwassers hat uns deutlich vor Augen geführt, dass die bisherigen Maßnahmen nicht ausgereicht haben und mehr Hochwasserschutz dringend erforderlich ist, und zwar nicht nur an den Oberläufen der Gewässer. Ihnen allen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollte klar sein, dass Flächenversiegelung in jedem Fall kontraproduktiv ist! Mit jedem weiteren Hochwasser und den daraus resultierenden Schäden werden die Folgen von Flächenversiegelung auf den Bürger abgewälzt. Das darf nicht sein!

Die zukünftige Gestaltung der Innenstadt sollte aus unserer Sicht unbedingt weiterverfolgt werden, und zwar mit dem Werkzeug des „Masterplans Innenstadt“. Dieser steht für den Beginn eines Prozesses, und ist ein sehr gutes Beispiel einer strategischen Ausrichtung mit Transparenz und Bürgerbeteiligung. Nicht alle dort enthaltenen Maßnahmen werden umgesetzt, geschweige denn von Bündnis 90 / Die Grünen mitgetragen – wie z.B. der Bau von Parkplätzen. Für uns steht hier an oberster Stelle der Agenda die Nachnutzung des bald ehemaligen Feuerwehrgeländes. Einem Verkauf dieses Tafelsilbers, wie es aus den Reihen der CDU anklingt, werden wir nicht zustimmen.

Nichts bewegt uns Deutsche derzeit mehr als die Flüchtlingssituation. Sehr erfreulich ist die immer noch gute Grundstimmung in Oelde den Flüchtlingen gegenüber. Das ehrenamtliche Engagement vieler Oelder ist beispielhaft. Um die Integration von Flüchtlingen meistern zu können, werden wir in den Bereichen Familie/Soziales, Jugend und Bildung auch zukünftig keine Kürzungen hinnehmen, welche **Strukturen** gefährden. Vielmehr müssen verstärkt Mittel bereitgestellt werden. Auch werden wir unseren Antrag auf Einrichtung eines Runden Tisches „Flüchtlingshilfe“ erneut stellen, da wir dieses für ein sehr effektives Instrument halten, das Ehrenamt in diesem wichtigen Bereich zu stärken.

Ein zentrales Element auf der Einnahmeseite unseres städtischen Haushaltes sind die Gewerbesteuern und die Grundsteuern. Die Grundsteuern sind bereits im letzten Jahr angehoben worden und auf einem aus unserer Sicht angemessenem Niveau. Eine Anhebung des Gewerbesteuersatzes konnten wir angesichts des jetzt möglichen kalkulierten Gesamtergebnisses vermeiden. Unser gemeinsamer Handlungsschwerpunkt muss zukünftig **noch** mehr in der Erhaltung der Attraktivität unserer Stadt für unsere Bürgerinnen und Bürger liegen. Das sichert nicht nur die Erhaltung der o.g. Steuereinnahmen, sondern auch z.B. unseren Anteil an der Einkommenssteuer (der mit ca. 13,6 Mio. € nicht unerheblich ist).

Meine Damen und Herren, unser Ziel, weitgehende Kürzungen in den Bereichen Jugend, Bildung und Soziales zu verhindern, haben wir bereits bei der Ablehnung der Haushaltssperre deutlich gemacht und in die Beratungen eingebracht. Wir finden diese weitgehend auch in diesem Haushalt wieder.

Allerdings fragen wir natürlich, warum Sie in der letzten Finanzausschuss-Sitzung **doch** wieder im Jugendbereich Einschnitte vorgenommen haben. Z.B. wird sich die Streichung offener Jugendarbeit in Stromberg, wie **Sie** es durch Ihren Beschluss festgeschrieben haben, angesichts steigender Integrationsbedarfe negativ auswirken.

Ebenfalls vollkommen unverständlich ist die Streichung von 2 Stellen beim Baubetriebshof. Als Konsequenz dieser Streichung werden nunmehr Fremdleistungen eingekauft werden müssen, die schlussendlich teurer und unflexibler sind. Flexible Einsatzkapazitäten des Baubetriebshofes z.B. bei Notlagen (Hochwasser? Schneefälle? Sturm?) werden durch die Stellenkürzung dezimiert und tarifliche Beschäftigung unter Umständen an Subunternehmen mit prekären Arbeitsbedingungen abgegeben.

Auch Ihre Forderung nach einem überhöhten Abbau von geleisteten Überstunden wird zur Folge haben, dass die Verwaltung (wie von Ihnen vorgeschlagen) tageweise schließen muss. Das kann nicht zielführend sein.

Dies sind, neben den oben genannten, nur einige zusätzliche Punkte, die auf die Unausgewogenheit des vorliegenden Haushaltsplanentwurfs hinweisen.

In der Gesamtbetrachtung des Haushaltes werden Bündnis 90 / Die Grünen diesem deshalb nicht zustimmen.“

Haushaltsrede Markus Westbrock, FDP-Fraktion

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Mitwirkende der Stadtverwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat, sehr geehrte Pressevertreter, verehrte Zuschauer und Zuhörer, Entgegen der üblichen Dramaturgie möchte ich eines vorwegnehmen: Wir Freie Demokraten stimmen dem Haushaltsentwurf zu.

Unsere wichtigste Forderung konnte erfüllt werden: Weder die Grundsteuer noch die Gewerbesteuer wird erhöht. Damit zeigen wir: Auf Oelde als attraktiven Wohn- und Gewerbestandort kann man sich verlassen.

Doch auch in weiteren für uns wichtigen Punkten finden sich liberale Positionen wieder: Die Mittel für Forum Oelde liegen nach wie vor auf einem Niveau, das es dem Betriebsleiter auch ermöglicht, das satzungsgemäße Ziel der Gesellschaft zu erfüllen.

Und ich möchte an dieser Stelle noch einmal öffentlich machen:

„Gegenstand des Betriebes ist die Planung und Durchführung von kulturellen Veranstaltungen in der Stadt Oelde, von Maßnahmen und Veranstaltungen des Stadtmarketings, die Förderung des Fremdenverkehrs, die Pflege und Entwicklung des Vier-Jahreszeiten Parks“. [Zitat aus der Satzung von Forum Oelde]

Die ewigen Fraktionsdirigenten, die vom Forum in fast jeder Sitzung ein Streichkonzert fordern, müssen dann gefälligst auch Farbe bekennen, welche satzungsgemäßen Ziele sie für überflüssig halten und eine entsprechende Satzungsänderung beantragen. – Ich kann heute schon vorwegnehmen: Weder Kultur noch Stadtmarketing wird es zum Nulltarif geben!

Ein weiterer wichtiger Punkt für uns Freidemokraten sind die Planungsmittel für den Masterplan Innenstadt, die selbst jetzt noch kurz vor Toresschluss auf dem Sparaltar geopfert werden sollten. Meine Damen und Herren von der antragstellenden Fraktion, Sie haben doch auch die Warnung unserer Stadtverwaltung vernommen, dass Oelde im Vergleich zu den Nachbarkommunen an Boden verliert.

Wir können und dürfen uns nicht auf den Lorbeeren der Vergangenheit ausruhen. Wir müssen unsere Stadt weiter entwickeln!

Hier geht es weiter mit der Haushaltsrede:

Für die Streichung der Mittel fand sich verständlicherweise keine Mehrheit. Da haben wir mit viel Aufwand und Bürgerbeteiligung ein Entwicklungskonzept erstellen lassen, wie wir unsere Innenstadt attraktiver gestalten können und jetzt sollte das Werk in irgendeiner Schublade in Vergessenheit geraten?! – Nicht mit uns!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Lyder haben das Geld erfunden. Aber... warum so wenig? ...warum so wenig, dass wir jedes Jahr vor eine Mammutaufgabe gestellt werden, wenn die Haushaltsberatungen anstehen? Ich verrate Ihnen, woran das liegt:

Wir haben uns hier in Oelde an einen hohen Gemeinde-Standard gewöhnt. Vielen Bürgern ist überhaupt nicht klar, was freiwillige Leistungen der Stadt Oelde sind und meinen, das müsste alles so bleiben, weil es schon so lange so gewesen ist.

Liebe Ratskolleginnen und -kollegen, wir sollten gemeinsam und fortwährend Aufgabenkritik und Ausgabenkritik üben – und nicht nur während der sowieso schon überfrachteten Haushaltsdebatte. Wir müssen ganzjährig und sachlich diskutieren, ob wir den gewohnten Standard so beibehalten wollen; und das betrifft ohne Ausnahme alle Positionen des Haushalts! Und wir sollten und können die Öffentlichkeit da mitnehmen.

Das erfordert natürlich einige Mühe. Viele kommunalpolitische Themen sind komplexer als es von außen den Anschein hat. Da haben wir einiges an Aufklärungsarbeit vor uns, doch ich denke, es wird sich lohnen.

Und damit sich auch jeder, der sich für ein Thema interessiert, eine wirkliche Meinung bilden kann, müssen wir den Dingen ein Preisschild umhängen. Der Bürger soll sich ein Bild machen können vom

Preis- Leistungsverhältnis der städtisch unterstützten Einrichtungen. Wir müssen uns auch weiterhin bemühen, die Transparenz zu erhöhen.

Wir halten eine offene und sachliche Diskussion in der Breite der Oelder Bevölkerung für den besten Weg, den Bürgerwillen mit einzubeziehen.

Und ich sage es sehr deutlich: Es geht hier nicht um simple Kürzungen; wir brauchen ‚Ideen für Oelde‘. Wir wollen Wege finden, wie wir Werte erhalten, Kosten reduzieren und Erträge generieren können.

Beispiel gefällig?

Wenn Sie in finanziellen Schwierigkeiten sind, haben Sie zwei Möglichkeiten: Sie können weniger ausgeben oder mehr einnehmen. Am besten beides. Ich denke, bis dahin sind wir uns alle noch einig.

Als das voraussichtliche Vermeiden der Haushaltssicherung durch verschiedene Einmaleffekte noch nicht feststand, kamen in einigen Fraktionen Überlegungen auf, die Breden- und Wellengärten als Bauland meistbietend zu versteigern. Pikanterweise genau zum Ende der von der Stadt zugesagten Haltefrist der Grundstücke. So macht man sich keine Freunde! Und: Das Tafelsilber kann man nur einmal verkaufen!

Die FDP strebt an, die Gärten der ehemaligen Landesgartenschau in verpachtete Kleingärten zu überführen, die von privater Seite oder auch von Vereinen oder Schulen genutzt werden können. Dadurch können öffentliche Kosten der Grünpflege reduziert und Einnahmen aus Verpachtung generiert werden – und das bei Erhaltung der städtischen Werte! Das ist unsere Idee für Oelde: Nutzen für die Bevölkerung und Erhöhung der Attraktivität statt Verramschen.

Einen entsprechenden Antrag haben wir von der FDP bereits gestellt und dieser wird in der nächsten Ratssitzung im Februar beraten.

Doch bei aller Energie, die wir in die Lösungssuche stecken, sollte die Ursachenforschung nicht zu kurz kommen – und dabei spielt leider auch die rot-grüne Landesregierung eine Rolle: Seit 2014 wird eine zusätzliche Solidaritätsumlage von den sogenannten abundanten Kommunen erhoben. Abundant ist man als Kommune, wenn man keine Schlüsselzuweisungen vom Land erhält. Man kriegt also nicht nur kein Geld, nein, man muss zudem noch welches abgeben! Das ist der Trick der Sozialdemokratie, wenn Ihnen das Geld anderer Leute ausgeht.

Dazu möchte ich feststellen: Man macht einen Kranken nicht dadurch gesund, dass man Gesunde krankmacht!

Und wir finden weitere Ungereimtheiten, die mir das Gefühl geben, dass unsere Regierungen den Bezug zur Realität verloren haben. Unser Bundesfinanzminister treibt es auf die Spitze! So stand am 13. Januar dieses Jahres in allen Gazetten die folgende Überschrift zu lesen: „Schäuble erwirtschaftet Haushaltsplus von 12,1 Milliarden €“

Das ist so unfassbar neben der Wahrheit, dass es selbst mir an Superlativen mangelt. Der Schäuble hat was? ER hat erwirtschaftet??? So eine Meldung ist eine Beleidigung

- für jeden risikotragenden Unternehmer, dessen Firma in der Tat etwas erwirtschaftet.
- für jedes mittelständische Unternehmen, das von Entwicklung und Verkauf seiner Produkte leben kann.
- und für jeden Bundesbürger, der diese billige Polemik der Bundesregierung durchschaut.

Ich fasse mal ganz sachlich zusammen:

Der Bund hat einen Überschuss von 12.000 Millionen Euro, während die Mehrheit der Kommunen hierzulande diskutieren muss, ob sie Bäder oder Büchereien schließen müssen, damit sie eine halbe Million einsparen.

Das ist unverhältnismäßig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich hoffe, dass sie sich kritisch mit dem Tagesgeschehen auseinandersetzen. Und ich hoffe zudem, dass sie sich kritisch mit unseren Vorschlägen auseinandersetzen. Wir scheuen keine Konfrontation, ganz im Gegenteil, wir ermuntern alle an unseren Ideen für Oelde zu feilen, damit sie erfolgreich umgesetzt werden können. Bitte engagieren sie sich konstruktiv, genauso wie wir uns an der Haushaltsplanung 2016 beteiligt haben, um einen Schritt in die richtige Richtung zu gehen. Zum Abschluss wiederhole ich noch einmal unser Oscar-Wilde-Zitat, das schon unsere Einladung zum FDP-Bürgerpreis zierte: „Günstige Winde kann nur der nutzen, der weiß, wohin er will.“

Herzlichen Dank für Ihre Zeit!“

6. Haushaltssatzung / Aufhebung eines Sperrvermerks

6.1. Haushaltssatzung 2016 Vorlage: B 2015/200/3434

Herr Bürgermeister führt aus, dass der Haushalt 2016 seine Zustimmung finde. Es fänden sich zahlreiche Projekte wieder, die ihm wichtig seien, Zugleich hätten auch deutliche Kompromisse gemacht werden müssen. Die Kürzung des Kinder- und Jugendförderplans finde seine Zustimmung, auch weil für die Zielgruppe zahlreiche weitere Angebote in der Stadt vorgehalten würden. Er bedaure, dass Fraktionen ihre Zustimmung zum Etat von dieser Mittelkürzung abhängig machten.

Zur Vorgehensweise äußert er sich dahingehend, dass das Verfahren nicht deutlich verlängert worden sei. Die Zeit ab Vorstellung des Vorabentwurfs sei interfraktionell in enger Abstimmung mit der Verwaltung sinnvoll und ergebnisorientiert genutzt worden.

Zugleich führt er aus, dass eine unzureichende Gemeindefinanzierung jedoch dazu führe, dass die Kommunen externe Belastungen nicht durch interne Einsparungen kompensieren könnten. Hier könne nur eine grundlegende Reform der Gemeindefinanzierung wirksam Abhilfe schaffen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde beschließt mit 20 Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen die nachfolgende Haushaltssatzung 2016:

Haushaltssatzung

der Stadt Oelde für das Haushaltsjahr 2016

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Februar 2015 (GV NRW S. 208) hat der Rat der Stadt Oelde mit Beschluss vomfolgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich erzielbaren Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit

dem Gesamtbetrag der Erträge auf.....
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf.....

im Finanzplan mit

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf

Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf

dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf

dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf

festgesetzt.

§ 2

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf festgesetzt.

§ 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf festgesetzt.

§ 4

Die **Verringerung der allgemeinen Rücklage** aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses im Ergebnisplan wird auf festgesetzt.

§ 5

Der **Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung** in Anspruch genommen werden dürfen wird auf festgesetzt.

§ 6

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2016 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer
 - 1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf
 - 1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf
2. Gewerbesteuer auf

§ 7

- 1) Die Wertgrenze für die Einzelausweisung von Investitionsmaßnahmen im Teilfinanzplan gem. § 4 Abs. 4 S. 2 GemHVO wird auf 20.000 EUR festgesetzt. Diese Wertgrenze gilt für Auszahlungen pro Maßnahme und Jahr.

- 2) Die im Stellenplan bei der Gesamtzahl der Planstellen einzelner Besoldungs- und Entgeltgruppen angebrachten Vermerke "KU" und "KW" lösen nachstehende Rechtsfolgen aus:

KU: Nach Ausscheiden oder Stellenwechsel des derzeitigen Stelleninhabers umzuwandeln in eine Stelle mit einer niedrigeren Besoldungs- oder Entgeltgruppe

KW: Künftig wegfallend nach Freiwerden der Stelle

- 3) Soweit im Laufe eines Haushaltsjahres freiwerdende und besetzbare Stellen sowohl von Beamten als auch von tariflich Beschäftigten verwaltet werden können, dürfen Planstellen für Beamte mit vergleichbaren tariflich Beschäftigten und Stellen für tariflich Beschäftigte mit vergleichbaren Beamten besetzt werden. Die Planstelle oder Stelle soll grundsätzlich spätestens in dem nach dauerhafter Aufgabenübertragung folgenden Haushaltsjahr umgewandelt werden. Die entsprechende Planstelle gilt für das laufende Haushaltsjahr als in eine Stelle der vergleichbaren Besoldungs- bzw. Entgeltgruppe umgewandelt.

6.2. Aufhebung des Sperrvermerkes; Wirtschaftsplan Forum Oelde 2016 **Vorlage: T 2016/EBF/3447**

Herr Bürgermeister Knop erläutert:

Der Rat der Stadt Oelde hat in seiner Sitzung am 21.09.2015 einstimmig mit vier Enthaltungen den Entwurf des Wirtschaftsplanes 2016 beschlossen.

Aufgrund der Haushaltssperre und der zu dem Zeitpunkt noch zu beziffernden Hochwasserschäden wurde der Wirtschaftsplan 2016 mit einem Sperrvermerk versehen. Es wurde eine Freigabe in Höhe von 60 % erteilt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde beschließt einstimmig, den Sperrvermerk für den Wirtschaftsplan 2016 des Eigenbetriebs Forum Oelde aufzuheben.

7. Festsetzung der Realsteuer-Hebesätze (Satzungsbeschluss) **Vorlage: B 2015/200/3406**

Herr Bürgermeister Knop erläutert:

Die Hebesätze der Grundsteuer A, der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer (sogenannte Realsteuern) wurden in Oelde stets im Rahmen der Haushaltssatzung beschlossen.

Die Haushaltssatzung ist gem. § 80 Abs. 5 GO NRW dem Landrat als unterer staatlicher Verwaltungsbehörde anzuzeigen, diesem steht eine Prüfungsfrist von einem Monat zu. Er kann die Frist verkürzen oder verlängern. Für Oelde besteht die Besonderheit, dass die Haushaltssatzung - aufgrund der Entnahmen aus der Allgemeinen Rücklage - nicht nur dem Landrat angezeigt, sondern von diesem auch genehmigt werden muss (§ 75 Abs. 4 GO NRW). Hier gilt ebenfalls eine Frist von einem Monat, die ebenfalls verkürzt oder verlängert werden kann.

Zuletzt kam es bei der Genehmigung der Haushaltssatzung für das Jahr 2015 zu einer Fristverlängerung („bis auf Weiteres“) durch den Landrat, da diesem mehrere Haushaltssatzungen von verschiedenen kreisangehörigen Kommunen gleichzeitig zur Bearbeitung vorlagen.

Aufgrund des feststehenden ersten Steuertermins im Laufe des Jahres (15. Februar) ist es notwendig, dass die Verwaltung bereits zum Jahreswechsel Gewissheit über die Höhe der Steuersätze des Folgejahres hat. So kann der Druck, Versand und damit die Bekanntgabe der Steuersätze gegenüber den Steuerpflichtigen rechtzeitig vor dem ersten Steuertermin erfolgen.

Sollte - sofern es keine separate Hebesatzsatzung gibt - die Prüfung der Haushaltssatzung durch den Landrat nicht rechtzeitig abgeschlossen werden können oder die Haushaltssatzung noch nicht durch den Rat beschlossen sein, können gem. § 82 Abs. 1 Ziff. 2. GO NRW nur Steuern nach den Hebesätzen des Vorjahres erhoben werden. Nach Bekanntmachung der Haushaltssatzung wäre dann ein erneuter Steuerlauf mit einer Nachveranlagung aller betroffenen Steuerpflichtigen (Grundsteuer B: rd. 10.500 Bescheide) auszulösen. Hier fallen - eine Änderung der Hebesätze vorausgesetzt - erhebliche zusätzliche Personal-, Druck- und Portoaufwendungen an, die mit dem Erlass einer separaten Steuerhebesatzsatzung vermieden werden könnten. Zudem ist der nur einmalige Versand der Steuerbescheide und die damit einhergehende Festsetzung der Fälligkeiten für den Steuerpflichtigen besser nachvollziehbar.

Die Verwaltung schlägt daher vor, die Festsetzung der Steuerhebesätze aus der Haushaltssatzung herauszulösen und im Rahmen einer separaten Satzung zu beschließen. Diese Vorgehensweise hat den Vorteil, dass eine separate Hebesatzsatzung nicht bei der Kommunalaufsicht anzuzeigen oder zu genehmigen ist. Im Rahmen des Haushaltsplanes (Bestandteil der Haushaltssatzung) werden die Ertragserwartungen aus den Steuern im Produkt 16.01.01 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft - wie bislang auch - in der Summe dargestellt. Die Steuerhebesätze werden in der Haushaltssatzung nachrichtlich dargestellt.

Der Satzungsentwurf ist als Beschlussvorschlag angefügt. Er ist bezüglich der Hebesätze im Rahmen der Beratungen zu füllen.

Herr Rodriguez beantragt die getrennte Abstimmung der unterschiedlichen Hebesätze.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde beschließt einstimmig, den Hebesatz für die Grundsteuer A auf 274 festzulegen.

Der Rat der Stadt Oelde beschließt einstimmig, den Hebesatz für die Grundsteuer B auf 504 festzulegen.

Der Rat der Stadt Oelde beschließt mehrheitlich, den Hebesatz für die Gewerbesteuer auf 412 festzulegen.

Der Rat der Stadt Oelde beschließt danach nachfolgende Satzung:

Satzung der Stadt Oelde über die Festsetzung der Realsteuer-Hebesätze

Präambel

Aufgrund der

- §§ 7 Absatz 1 und 41 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe f) Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.06.2015 (GV. NRW. S. 495),
- § 25 Grundsteuergesetz vom 07.08.1973 (BGBl. I S. 965), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.12.2008 (BGBl. I S. 2794) und

- § 16 Gewerbesteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.10.2002 (BGBl. I S. 4167), zuletzt geändert durch Gesetz vom 01.04.2015 (BGBl. I S. 434)

hat der Rat der Stadt Oelde in seiner Sitzung am _____ folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Hebesätze

Die Hebesätze für die Realsteuern werden für die Zeit ab dem 1. Januar 2016 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer
 - a. Für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (**Grundsteuer A**) auf **274 vom Hundert**.
 - b. Für die Grundstücke (**Grundsteuer B**) auf **504 vom Hundert**.
2. **Gewerbesteuer auf 412 vom Hundert.**

§ 2 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 1. Januar 2016 in Kraft.

| |
|---|
| <p>8. Änderung der Hundesteuersatzung Vorlage: B 2015/200/3440</p> |
|---|

Herr Bürgermeister Knop teilt mit:

Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 7. Dezember 2015 dem Rat im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2016 eine Änderung der Hundesteuersatzung und Erhöhung der Hundesteuer um 10,00 EUR je Hund bei den Steuersätzen für einen, zwei bzw. drei oder mehr Hunden sowie eine entsprechende anteilige Erhöhung bei den ermäßigten Steuersätzen empfohlen. Ferner wurde empfohlen, die Hundesteuer für gefährliche Hunde um 66,00 EUR je Hund zu erhöhen.

Die Erhöhung der Hundesteuersätze ist in der vorliegenden Änderungssatzung zur Hundesteuersatzung eingearbeitet.

Weiterhin sind in der Änderungssatzung die folgenden inhaltlichen Änderungen bzw. Anpassungen an die vom Städte- und Gemeindebund NRW herausgegebene Hundesteuer-Mustersatzung aufgenommen worden:

In § 2 Abs. 2 Buchstabe f) wurde die Hunderasse „Alano“ laut Empfehlung des Städte- und Gemeindebundes aufgrund einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts NRW aus der Liste der gefährlichen Hunde gestrichen. Das Oberverwaltungsgericht hat seinerzeit darauf hingewiesen, dass es die Rasse „Alano“ nicht mehr gibt.

In § 3 Abs. 2, § 4 Abs. 1 Buchstabe a) und § 4 Abs. 2 und 3 wurde eine Steuerbefreiung bzw. Steuerermäßigung auf maximal zwei Hunde begrenzt.

In § 4 Abs. 1 Nr. b) wurde die Bezeichnung „Hunde, die zu Melde-, Sanitäts- oder Schutzzwecken“ aus der Mustersatzung des Städte- und Gemeindebundes übernommen, um eine Unterscheidung zwischen der Definition eines gefährlichen Hundes (Schutzhund) nach § 2 Abs. 2 Buchstabe a) zu einer fakultativen Steuerermäßigung nach § 4 zu verdeutlichen.

In § 4 wurde der Abs. 3 bezüglich der Rechtsgrundlagen aktualisiert.

In § 7 erfolgt eine Textkorrektur in der Überschrift.

§ 8 Abs. 3 wurde bezüglich der Versendung bzw. Herausgabe der Hundesteuermarken aktualisiert. Es werden, wie in der Vergangenheit, nicht mehr nur für zwei Jahre gültige Hundesteuermarken versandt, sondern die bisherige Hundesteuermarke bzw. die mit Anmeldung eines Hundes ausgehändigte neue Hundesteuermarke ist bis zur Übersendung einer neuen Hundesteuermarke weiterhin gültig. Es wird hierdurch der Aufwand für die Anschaffung und Versendung der Hundesteuermarken reduziert.

Ferner wurde der § 9 in Bezug auf die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten der Mustersatzung des Städte- und Gemeindebundes NRW angepasst.

Die Satzung soll rückwirkend zum 1. Januar 2016 in Kraft treten. Dies ist – als unechte Rückwirkung – zulässig, da bereits im Finanzausschuss am 7. Dezember 2015 in öffentlicher Sitzung im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2016 die Änderung der Satzung öffentlich beraten und beschlossen wurde. Ebenfalls in dieser Sitzung wurde die Erhöhung um 10,00 EUR je Hund bekannt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde beschließt einstimmig nachfolgende Änderung der Hundesteuersatzung:

6. Satzung vom _____ zur Änderung der Hundesteuersatzung der Stadt Oelde

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666 /SGV NRW 2023), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 25. Juni 2015 (GV. NRW. S. 496) und der §§ 3 und 20 Abs. 2 Buchst. b des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21. Oktober 1969 (GV NRW S. 712 /SGV NRW 610), zuletzt geändert durch Art. 2 Abs. 8 des Gesetzes vom 8. September 2015 (GV. NRW. S.666) hat der Rat der Stadt Oelde in seiner Sitzung vom _____ folgende Änderung der Hundesteuersatzung beschlossen:

Artikel 1

Die Hundesteuersatzung der Stadt Oelde vom 17. Dezember 1996, zuletzt geändert durch die Satzung vom 9. Dezember 2010, wird wie folgt geändert:

§ 2 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

(1) Die Steuer beträgt jährlich, wenn von einem Hundehalter oder mehreren Personen gemeinsam

- a) nur ein Hund gehalten wird58,00 Euro
- b) zwei Hunde gehalten werden76,00 Euro je Hund
- c) drei oder mehr Hunde gehalten werden94,00 Euro je Hund
- d) ein gefährlicher Hund gehalten wird450,00 Euro
- e) zwei oder mehr gefährliche Hunde gehalten werden.....714,00 Euro je Hund

Hunde, für die Steuerfreiheit nach § 3 Abs. 1 besteht, sowie Hunde, für die Steuerbefreiung nach § 3 Abs. 2 und 3 gewährt wird, werden bei der Berechnung der Anzahl der Hunde nicht berücksichtigt; Hunde, für die eine Steuerermäßigung nach § 4 gewährt wird, werden mitgezählt.

§ 2 Abs. 2 Buchstabe f) erhält folgende Fassung:

f) Hunde der Rassen

1. American Bulldog
2. Bullmastiff
3. Mastiff
4. Mastino Espanol
5. Mastino Napoletano
6. Fila Brasileiro
7. Dogo Argentino
8. Rottweiler
9. Tosa Inu

sowie deren Kreuzungen untereinander sowie mit anderen Hunden gelten als gefährliche Hunde, soweit oder solange nicht im Einzelfall der Nachweis der Ungefährlichkeit durch ein vom Hundehalter vorzulegendes Gutachten des beamteten Tierarztes erbracht ist.

In § 3 Abs. 2 Satz 1 werden vor dem Wort „Hunde“ die Worte „maximal zwei“ eingefügt.

In § 4 Abs. 1 Buchstabe a) werden vor dem Wort „Hunde“ die Worte „maximal zwei“ eingefügt.

In § 4 Abs. 1 Buchstabe b) wird das Wort „als“ durch das Wort „zu“ und das Wort „Schutzhunde“ durch das Wort „Schutzzwecken“ ersetzt.

In § 4 Abs. 2 werden vor dem Wort „Hunde“ die Worte „maximal zwei“ eingefügt.

§ 4 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

- (3) Für Personen, die Hilfe zum Lebensunterhalt (§§ 27-40 SGB-XII), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (§§ 41-46 SGB-XII) oder Arbeitslosengeld II (§§ 19-27 SGB-II) erhalten sowie für diesen einkommensmäßig gleichstehende Personen wird die Steuer auf Antrag für maximal zwei Hunde auf ein Viertel des Steuersatzes nach § 2 ermäßigt.

In § 7 wird in der Überschrift das Wort „Festsetzung“ durch das Wort „Festsetzung“ ersetzt.

§ 8 Abs. 3 Satz 1 erhält folgende Fassung:

- (3) Die Stadt Oelde übergibt dem Hundehalter mit der Hundeanmeldung bzw. übersendet mit dem Steuerbescheid für jeden Hund eine Hundesteuermarke.

§ 9 erhält folgende Fassung:

§ 9 Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne des § 20 Abs. 2 Buchst. b) des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21. Oktober 1969 (GV NRW S. 712), zuletzt geändert durch Art. 2 Abs. 8 des Gesetzes vom 8. September 2015 (GV. NRW. S. 666), handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig

1. als Hundehalter entgegen § 5 Abs. 4 den Wegfall der Voraussetzungen für eine Steuervergünstigung nicht rechtzeitig anzeigt,
2. als Hundehalter entgegen § 8 Abs. 1 einen Hund nicht oder nicht rechtzeitig oder unter fehlender oder falscher Angabe der Hunderasse anmeldet,
3. als Hundehalter entgegen § 8 Abs. 3 einen Hund außerhalb seiner Wohnung oder seines umfriedeten Grundbesitzes ohne sichtbar befestigte gültige Steuermarke umherlaufen lässt, die Steuermarke auf Verlangen des Beauftragten der Stadt Oelde nicht vorzeigt oder dem Hund andere Gegenstände, die der Steuermarke ähnlich sehen, anlegt,
4. als Grundstückseigentümer, Haushaltsvorstand oder deren Stellvertreter sowie als Hundehalter entgegen § 8 Abs. 4 nicht wahrheitsgemäß Auskunft erteilt,
5. als Grundstückseigentümer, Haushaltsvorstand oder deren Stellvertreter entgegen § 8 Abs. 5 die vom Steueramt übersandten Nachweisungen nicht wahrheitsgemäß oder nicht fristgemäß ausfüllt.

Artikel 2

Die Satzung tritt zum 01.01.2016 in Kraft.

9. Maßnahmenfreigaben

10. Verschiedenes

10.1. Mitteilungen der Verwaltung

Herr Bürgermeister Knop teilt mit:

„Hochwasser / Förderbescheid

Erfreulicherweise wurde uns von der Bezirksregierung Münster mitgeteilt, dass die Stadt Oelde aufgrund der Schäden im Zusammenhang mit dem Hochwasserereignis aus dem vergangenen Jahr mit einer pauschalen Bedarfszuweisung von 200.000 Euro rechnen könne. Die Verbuchung dieser Einnahme kommt dem Haushaltsjahr 2015 zu gute.

Der Schritt auf die Landesregierung zuzugehen, und einer ersten negativen Einschätzung zum Trotz, umfangreiche antragsbegründende Unterlagen zusammenzustellen, war richtig. Er war allerdings auch aufwendig aber erfreulicherweise hat sich dieser Einsatz gelohnt.

Insofern sind wir dankbar, dass die Landesregierung diese außergewöhnliche Härtefallsituation anerkannt hat. Herrn Jathe, der dieses Verfahren federführend begleitet hat, gilt hier mein besonderer Dank.

Einführung der eVergabe - kreisweite Lösung gefunden

Ab dem 18. April 2016 sind alle Vergabestellen verpflichtet, EU-Vergabebekanntmachungen elektronisch zu erfassen und zu publizieren. Die Vergabeunterlagen dieser EU-Verfahren müssen ab diesem Datum ebenfalls elektronisch bereitgestellt werden. Bislang gelten diese Regeln noch nicht für nationale Verfahren. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass eine gleichlautende Regelung in Kürze auch für nationale Verfahren folgen wird.

Um eine möglichst hohe Akzeptanz auf Seiten der Wirtschaft zu erreichen, hat die Stadt Oelde bereits Ende 2014 angeregt, kreisweit mit nur einer Vergabepattform zu arbeiten, damit sich die Bieter nicht in unterschiedlichste Softwarelösungen einarbeiten müssen.

In der Dienstbesprechung mit den Bürgermeistern des Kreises Warendorf ist am 14.01.2015 vereinbart worden, eine entsprechende Arbeitsgruppe unter Leitung unseres Mitarbeiters, Herrn Heitmeier, einzurichten.

Ich kann Ihnen heute mitteilen, dass es erfreulicherweise gelungen ist, eine kreisweit einheitliche Lösung herbeizuführen. Alle Städte und Gemeinden des Kreises, sowie der Kreis selbst werden künftig die Vergabepattform www.vergabe.nrw.de nutzen.

Ich denke dies ist ein gutes Beispiel für eine gelungene, sinnvolle interkommunale Zusammenarbeit auf Kreisebene, die zudem eine unternehmensfreundliche Lösung darstellt.

Brand in der Flüchtlingsunterkunft in Sünninghausen

Wie Sie sicherlich bereits der Tageszeitung entnommen haben, ist in der Flüchtlingsunterkunft in Sünninghausen in der Nacht zum Sonntag ein Feuer ausgebrochen. Das schnelle Eingreifen einer Brandschutzwache, die im Rahmen einer in der Nähe durchgeführten Veranstaltung im Einsatz war, führte dazu, dass notwendige Evakuierungs- und Brandbekämpfungsmaßnahmen sehr schnell durchgeführt werden konnten. Diesem Umstand ist es wohl zu verdanken, dass es zu keinerlei schwerwiegenden Personenschäden gekommen ist. Gleichwohl sind – bei einigen dieser Helfer – leichte Verletzungen durch das Einatmen giftiger Dämpfe eingetreten. Ich bedanke mich ausdrücklich bei diesen Helfern und wünsche Ihnen von hier aus „Gute Besserung“. Die Ermittlungen zur Brandursache sind abgeschlossen. Ein Brandermittler des zuständigen Polizeifachkommissariats suchte heute die beschlagnahmte Brandstelle auf. Dort stellte er fest, dass höchstwahrscheinlich ein eingeschaltetes Elektrogerät den Brand verursacht hat.

Die Flüchtlinge sind nun bis auf weiteres in der Notunterkunft Am Landhagen untergebracht. Den Sünninghauser Familien, die in der Einsatznacht einzelne Flüchtlinge aufgenommen haben, gilt ebenfalls mein Dank.

Wir werden nun mit Hochdruck an der Instandsetzung der Unterkunft arbeiten. Ein Teil der Räume wird uns aber sicherlich für eine geraume Zeit nicht mehr zur Verfügung stehen.

Unterbringungssituation der Flüchtlinge

Vor dem Hintergrund der uns bekannten Zahlen ist nicht davon auszugehen, dass die Flüchtlingszahlen für das Jahr 2016 spürbar zurückgehen werden. Erste bundesweite Flüchtlingszahlen aus Januar 2016 werden unterschiedlich interpretiert – von manchen als Indiz für einen Rückgang, von anderen als Zeichen für einen ungeminderten Zustrom. Wir müssen uns – mangels anderer verlässlicher Erkenntnisse – aber auf weiterhin hohe Zuweisungszahlen einstellen und vor allem vorbereiten.

Dies zwingt mich zu unverzüglichem und verantwortungsbewusstem Handeln.

Es gilt daher nun, mit einem Bündel von Maßnahmen Unterbringungsmöglichkeiten zu sichern und zu schaffen, um so insbesondere die Unterbringung neu zugewiesener Asylsuchender sicherzustellen. Aber auch für die schwierige Unterbringungssituation der anerkannten Flüchtlinge, die ja voraussichtlich dauerhaft in Oelde bleiben werden, muss eine nachhaltige Antwort gefunden werden. Aufgrund des extrem hohen Zeit- und damit Handlungsdrucks müssen entsprechende Lösungen nun schnell und effektiv auf den Weg gebracht werden. Handlungsansätze bieten hier in erster Linie städtische Grundstücke.

Ergänzend zu den bereits selbst genutzten Immobilien und den angemieteten Gewerbeimmobilien bieten sie unverzichtbare Handlungsoptionen. Wie bereits angekündigt soll am Westrickweg Wohnraum in Modulbauweise entstehen. Dieser Standort soll voraussichtlich erst einmal bis zum Jahr 2019 genutzt werden. Darüber hinaus wird am ehemaligen Containerstandort am Gröningsweg durch den Bauverein Oelde eine Flüchtlingsunterkunft mit 12 Wohneinheiten gebaut.

Um die Errichtung weiterer Kapazitäten schnellstmöglich realisieren zu können, werde ich in dieser Woche diverse Ausschreibungen zur Errichtung von Unterkünften im Standard des Sozialen Wohnungsbaus auf den Weg bringen. Die städtischen Grundstücke an der Meienbrockstraße und der Stifterstraße – deren Lage Sie auf der gezeigten Folie erkennen können - bieten hierzu, insbesondere aufgrund der eigenen Verfügbarkeit, die besten Voraussetzungen. Mit geplanten 2 x 12 Wohneinheiten an der Stifterstraße und 12 Wohneinheiten an der Meienbrockstraße werden hier verträgliche Lösungen entstehen, die den Mehrfamilienhäusern in den angrenzenden Wohnquartieren entsprechen. Angestrebt wird eine zweigeschossige Bauweise, wobei eine gleichmäßige Durchmischung mit 2-, 3- bzw. 4-Zimmerwohnungen inkl. integriertem Bad und WC bzw. integrierter Küche erfolgen soll. Ein städtisches

Grundstück an der Straße „Nienkamp“, soll zu einem späteren Zeitpunkt für die Errichtung von Sozialem Wohnraum genutzt werden. In der gezeigten Übersicht können Sie die genannten Standorte und deren dezentrale Verteilung im Stadtgebiet von Oelde erkennen.

Im Rahmen einer für den 18.02. geplanten Informationsveranstaltung werden Anlieger und sonstige interessierte Bürgerinnen und Bürger über die entsprechenden Vorhaben informiert.

Mit diesem Maßnahmenpaket bleiben wir handlungsfähig und können unserer Verantwortung und Verpflichtung zur Unterbringung der Flüchtlinge nachkommen. Ob wir dennoch zwischenzeitlich städtische Sporthallen in Anspruch nehmen müssen, wird davon abhängen, wie sich die Zuweisungszahlen entwickeln und wie schnell der zusätzliche Wohnraum fertiggestellt wird.

In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen mitteilen, dass der Belegungsstand der Notunterkunft Am Landhagen, losgelöst von der aktuellen Entwicklung durch den Brand in der Sünninghauser Unterkunft, in den letzten Tagen bei annähernd „null“ oder sogar bei „null“ ist. Eine Nachfrage bei der BezReg Münster hat ergeben, dass man aber jederzeit mit der Aufnahme neuer Flüchtlinge rechnen müsse. Wann dies sein wird, kann man aber aktuell nicht sagen.

Ergänzend wurde uns mitgeteilt, dass die Oelder Notunterkunft nicht auf der aktuellen Schließungsliste der BezReg steht. Damit ist davon auszugehen, dass die Notunterkunft sicher nicht im I. Quartal und wahrscheinlich auch nicht im II. Quartal geschlossen werden wird.

Unabhängig vom dann aktuellen Belegungsstand möchte ich Sie nochmals auf die Möglichkeit hinweisen, am kommenden Donnerstag an einer Begehung der Notunterkunft teilzunehmen. Treffpunkt ist um 17.30 Uhr am Eingang der Notunterkunft.“

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde nimmt Kenntnis.

10.2. Anfragen an die Verwaltung

Auf Anfrage von Herrn Westbrock teilt Herr Abel mit, dass das Projekt „WLAN in der Innenstadt“ derzeit konkret vorbereitet werde.

Weiter teilt Herr Abel mit, dass auch der Breitbandausbau im Privatbereich in Kürze deutlich ausgebaut werde.

Herr Drinkuth spricht mit Blick auf die Zuwendung der Landesregierung Herrn Jathe seine Anerkennung für die erfolgreich geführten Verhandlungen aus.

Auf Anfrage von Frau Wiemeyer teilt Herr Bürgermeister Knop mit, dass eine Kriminalitätsstatistik auf kommunaler Ebene in einigen Wochen verfügbar sei. Diese werde den Ratsmitgliedern dann zugeleitet.

Herr Soldat bekundet mit Blick auf die Anfragen des Herrn Winter in der Einwohnerfragestunde seinen Unmut über die durch den Bürger vorgebrachten Unterstellungen. Hierfür dürften Einwohnerfragenstunden keine Plattform bieten.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde nimmt Kenntnis.

Karl-Friedrich Knop
Vorsitzender

Heike Beckstedde
Schriftführerin